



Bern, 15. Oktober 2025

Änderung der Raumplanungsverordnung (Umsetzung der zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes [RPG 2] und des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien)

Bericht über das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	4
1.1 Gegenstand der Vernehmlassung	4
1.2 Vernehmlassungsteilnehmende.....	4
1.3 Generelle Haltung zu wichtigen Teilelementen der Vernehmlassungsvorlage.....	4
A Stabilisierungsziele ausserhalb der Bauzonen	4
B Bundesbeitrag an Abbruchprämie.....	5
C Inkrafttreten	5
2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen	6
2.1. Raumplanungsverordnung.....	6
Artikel 19a, Einbezug der Bundesversammlung.....	6
Artikel 25a, Stabilisierungsziele ausserhalb der Bauzonen.....	6
Artikel 25b, Erreichung der Stabilisierungsziele	7
Artikel 25c, Massgebende Werte am 29. September 2023	8
Artikel 25d, Geodaten und Koordination.....	9
Artikel 25e, Periodische Überprüfung der Erreichung der Stabilisierungsziele	10
Artikel 25f, Kompensationspflicht bei Verfehlen der Stabilisierungsziele	11
Artikel 25g, Durch den Bund bewilligte Gebäude und Versiegelungen	12
Artikel 32 ^{bis} , Bündelung von Infrastrukturanlagen.....	13
Artikel 32a ^{bis} , Bewilligungsfreie Solaranlagen an Fassaden.....	14
Artikel 32c, Nicht freistehende Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen.....	17
Artikel 32d, Freistehende Solaranlagen nicht von nationalem Interesse ausserhalb der Bauzonen	18
Artikel 32e, Anlagen zur Nutzung der Energie aus Biomasse.....	19
Artikel 32f, Anlagen zur Umwandlung von erneuerbarer Elektrizität in Wasserstoff, Methan oder andere Kohlenwasserstoffe.....	22
Artikel 32g, Thermische Netze	23
Artikel 32h, Mobilfunkanlagen	24
Artikel 33a, Nichtbauzonen mit zu kompensierenden Nutzungen	24
Artikel 34a Absatz 3, Bauten und Anlagen zur Energiegewinnung aus Biomasse.....	25
Artikel 38a, Vorrang der Landwirtschaft in der Landwirtschaftszone.....	26
Artikel 39 Absätze 1 und 3, Landschaftsprägende Bauten.....	29
Artikel 42 Absatz 3 Buchstabe a und Absätze 4 und 5, Änderung altrechtlicher Bauten und Anlagen	29
Artikel 42a Absatz 1, Änderung neurechtlicher landwirtschaftlicher Wohnbauten	30
Artikel 42b Absätze 1, 2 und 6 ^{bis} , Hobby-mässige Tierhaltung.....	30

Artikel 43 Absätze 4-6, Altrechtliche gewerbliche Bauten und Anlagen	30
Artikel 43a Absatz 2, Gemeinsame Bestimmungen	32
Artikel 43b, Anforderungen an das kantonale Recht.....	32
Artikel 43c, Subsidiäre Frist und Begründungslast.....	33
Artikel 52b, Übergangsbestimmungen zur Änderung vom	34
2.2. Geoinformationsverordnung	34
3. Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden.....	35
3.1. Kantone.....	35
3.2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	36
3.3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	37
3.4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	37
3.5. Eidgenössische Gerichte	38
3.6. Weitere interessierte Kreise und Organisationen	38
4. Abkürzungsverzeichnis.....	52

1. Allgemeines

1.1 Gegenstand der Vernehmlassung

Der Bundesrat hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) am 19. Juni 2024 beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft sowie den interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Raumplanungsverordnung durchzuführen. Es ging dabei um die Umsetzung der zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) und des Bundesgesetzes über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 9. Oktober 2024. Der Vernehmlassungsentwurf enthielt insbesondere die Ausführungsbestimmungen zur Stabilisierung des Gebäudebestands und der versiegelten Flächen ausserhalb der Bauzonen, zum Gebietsansatz, zur Gewährung von Erleichterungen hinsichtlich Geruchs- und Lärmimmissionen aus der Landwirtschaft, zur Verbesserung der Voraussetzungen für die Nutzung erneuerbarer Energien sowie Massnahmen zur Verfahrensoptimierung im Bereich des illegalen Bauens.

1.2 Vernehmlassungsteilnehmende

Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens sind 192 Stellungnahmen eingegangen.

Die Mitte, das Bundesgericht, SAV und SFV haben auf eine Stellungnahme verzichtet.

LU, NE, SH, SO und ZG schliessen sich der Stellungnahme der BPUK an.

AI, GR, NW und VS schliessen sich der Stellungnahme der RKGK an.

1.3 Generelle Haltung zu wichtigen Teilelementen der Vernehmlassungsvorlage

A Stabilisierungsziele ausserhalb der Bauzonen

Von den Kantonen LU, NE, SH, TI, VS, ZG und ZH sowie der BPUK wurde im Bereich der Stabilisierungsthematik eine Überarbeitung und Vereinfachung der entsprechenden Vorschriften gefordert. Kritisiert wurden insbesondere die Massnahmen zur Kontrolle der Einhaltung der Stabilisierungsziele; diese seien mit einem unverhältnismässig grossen administrativen Aufwand für die Datenerhebung verbunden (BE, LU, NE, OW, SH, SO, TI, VS, ZG; SSV; BPUK, EspaceSuisse-TI, metal.suisse, RKBM, RWU, Strauss, UFS). Weiter hielten viele Vernehmlassungsteilnehmende den in der Vernehmlassungsvorlage vorgeschlagenen Entwicklungsspielraum von plus 1 % gegenüber dem Stand am 29. September 2023 für zu restriktiv. Ein Spielraum von plus 2 % sei sachgerechter, zumal dies auch im Gesetzgebungsprozess so diskutiert worden sei (AI, GL, GR, JU, LU, NE, NW, SG, SH, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG; SVP; SAB; SBV, sgV; ASR, Aviforum, Baumeister, BEBV, Bell, BPUK, Brauvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, metal.suisse, MS, Prométerre, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSGP, VSKP, WLK, ZBB, ZBV). BE und GE halten einen Entwicklungsspielraum von plus 1 % für angemessen. GRÜNE Schweiz, SPS, BirdLife, BPK, Casafair, FFW, FSU, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, ROEP, SIA, SL-FP, VCS und WWF sprechen sich für einen Spielraum von plus 0,5 % aus. Die Vogelwarte verlangt einen Spielraum von plus 0,3 %.

B Bundesbeitrag an Abbruchprämie

Eine Vielzahl von Kantonen fordert, dass sich der Bund an der Finanzierung der Abbruchprämie beteiligt (AG, BE, SG, TI, ZH). Die BPUK schlägt vor, dass der Finanzierungsanteil des Bunds im nationalen Durchschnitt 70-80% betragen soll; er soll dabei abhängig sein von den jeweiligen kantonalen Rahmenbedingungen. BE erwartet einen namhaften Beitrag des Bundes, d.h. mindestens 50-80%.

Zur Begründung wird ausgeführt, die Abbruchprämie könne nicht allein durch die Kantone finanziert werden (ZH; BPUK). Dies entspreche nicht der bisherigen partnerschaftlichen Zusammenarbeit (BPUK). Zudem werde das Bauen ausserhalb der Bauzonen weitgehend durch den Bund geregelt, was eine Beteiligung des Bundes rechtfertige (SG). Weiter hat eine zusätzliche Inanspruchnahme des Mehrwertfonds zur Folge, dass dann für die daraus zu finanzierenden Aufgaben der Innenentwicklung nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stehen (BE, TI, ZH).

C Inkrafttreten

Die Kantone LU, NE, SH, TI, VS und ZG sowie die BPUK weisen darauf hin, dass die Kantone genügend Zeit benötigen, um ihre eigenen Rechtsgrundlagen und Instrumente an die neuen bundesrechtlichen Anforderungen anpassen zu können. Mit den entsprechenden Arbeiten könne erst begonnen werden, wenn der definitive Erlasstext der revidierten RPV feststehe. Für die Anpassungsarbeiten würden mindestens neun Monate benötigt.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

2.1. Raumplanungsverordnung

Artikel 19a, Einbezug der Bundesversammlung

SVP, economiesuisse, EspaceSuisse, FZH, GA, KOLAS, LDK, SCNAT swissmelio stimmen der Bestimmung zu; FSU, ROREP und SIA sehen keinen weiteren Anpassungs- oder Ergänzungsbedarf. Der SVIT unterstützt die Bestimmung trotz Bedenken zur Gewaltenteilung.

OW und sgV lehnen den vorgesehenen Einbezug der Bundesversammlung ab. sgV und Baumeister bemängeln, die fehlende Verbindlichkeit der Vorgaben, wenn der Bundesrat von der Stellungnahme der parlamentarischen Kommissionen abweichen könne. OW und RKE warnen vor möglichen Verzögerungen im Planungsverfahren.

Artikel 25a, Stabilisierungsziele ausserhalb der Bauzonen

Allgemeines

AI, AR, GL, GR, JU, NW, TI, UR und VS sowie die RKGK fordern, in der RPV eine Präzisierung zu Artikel 8d Absatz 2 RPG aufzunehmen. Der Begriff „Energieanlagen und kantonale oder nationale Verkehrsanlagen“ soll alle Anlagen zur Energieversorgung, alle Verkehrsanlagen zur Erschliessung von Bauzonen inklusive Velowege, gewisse Deponien sowie auch Zufahrten und Infrastrukturen von Löschwasserentnahmestellen sowie Zufahrten und Gebäude für die Trinkwasserversorgung usw. umfassen.

Absatz 1

Gemäss Merkmalskatalog des Gebäude- und Wohnungsregisters des Bundesamts für Statistik zählen landwirtschaftliche Silos als Gebäude zählen. Es wird die Klarstellung verlangt, dass solche Silos nicht als Gebäude im Sinne des Stabilisierungsziels gelten (VD; SBV; AgorA, AgriGenève, ASR, Aviforum, BVAG, BVAR, BVR, Bell, BEBV, Braunvieh, CAJB, CNAV, FRI, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Ökostrom, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, SVIL, VSGP, SVZ, Suisseporcs, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 2

Der Entwurf weitet die Stabilisierungspflicht betreffend Bodenversiegelung auf ein grösseres Gebiet aus als im Gesetz vorgesehen. Dies ist unzulässig. Der Geltungsbereich muss sich auf das gesetzlich Vorgesehene beschränken (AI, AR, BL, BS, FR, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SH, SO, SZ, TI, UR, VD, VS, ZG, ZH; SAB; SBV, sgV; ASR, Aviforum, Baumeister, BEBV, Bell, BPUK, Braunvieh, BVAG, BVAR, BVR, CP, GalloSuisse, GLBV, HOS, KOLAS, LDK, MS, Nesslerau, NOB, Prométerre, RKE, RKGK, RKOÖ, SBLV, SBS, SGBV, SGP, SMP, SOV, STV, suisse-melio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, Toggenburg, USPI, VBO, VLS, VSKP, Wattwil, WLK, ZBB, ZBV).

Waldflächen sind vom Stabilisationsziel auszunehmen, da sie kaum zur Bodenversiegelung ausserhalb der Bauzonen beitragen (AG, AR, BL, JU, ZH, EspaceSuisse). Ebenso die öffentlichen Gewässer (ZH).

Absatz 3

Ein Teil der Teilnehmenden will auf konkrete Beispiele für Beläge verzichten, um einheitliche Kriterien zur Wasserdurchlässigkeit zu gewährleisten und technischen Neuerungen Rechnung zu tragen (BL, BS, FR, LU, NE, OW, SH, SZ, TG, TI, VS, ZG; BPUK, BVR, EspaceSuisse, IRL, SCNAT).

Andere fordern eine klare Definition, wonach ausschliesslich Beton und Asphalt als versiegelte Flächen gelten sollen (NE; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, KOLAS, LDK, MS, Prométerre, RKE, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisseporcs, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Zur Vermeidung übermässigen Aufwands soll eine Mindestgrösse für versiegelte Flächen festgelegt werden (AR, SG, TG; Toggenburg, Nesslau, Wattwil). Vorgeschlagen werden 10 m² (TG), 100 m² (AR, SG) bzw. 1'000 m² (AR).

Absatz 4

Viele Teilnehmende lehnen es ab, dass Kantone in ihren Richtplänen Gebiete mit schwergewichtig touristischer Nutzung ausweisen müssen. Dies sei schwer umsetzbar und es bestehe ein hohes Risiko uneinheitlicher Anwendung (AI, AR, BE, BL, GL, GR, JU, NW, SG, TG, TI, UR, VD, VS; SAB; economiesuisse, sg; BVR, CP, GastroSuisse, GPMVR, HotellerieSuisse, IG-LR, IRL, NOB, RKGK, RKOÖ, STV, SBS, SVIL, USPI, VBO). Zudem würden damit nur wenige Anwendungsfälle erfasst (BL, SG, TG, VD; SPS; BirdLife, Casafair, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

Les imperméabilisations relatives à des activités d'agrotourisme qui sont conformes à la zone agricole ne doivent pas être désignées dans le plan directeur (SBV, ASR, Aviforum, BVAG, BVAR, Bell, BEBV, Braunvieh, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, SVZ, Suisseporcs, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Artikel 25b, Erreichung der Stabilisierungsziele

Es wird gefordert, den Zielwert für die Stabilisierung wie in den Parlamentsdebatten besprochen auf 102 % festzulegen (AI, AR, GL, GR, JU, NE, NW, SG, SH, SZ, TG, TI, UR, VD, VS; SAB; economiesuisse, SBV; AgorA, AgriGenève, ASR, Aviforum, Baumeister, BEBV, Bell, BPUK, Braunvieh, BVAG, BVAR, BVR, CAJB, CNAV, CP, FRI, GalloSuisse, GLBV, GPMVR, GVBF, HEV, HOS, HotellerieSuisse, IG-LR, KOLAS, LDK, MS, Nesslau, NOB, Prométerre, RKE, RKGK, SBLV, SBS, SGBV, SGP, SMP, SOV, Strauss, STV, suisseporcs, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, Toggenburg, UFS, USPI, VBO, VLS, VSKP, Wattwil, WLK, ZBB, ZBV).

BL, GE und ZH halten die 101 %-Grenze für angemessen. Nach IRL soll ein höherer Wert vermieden werden, zumal mit Abbrüchen der nötige Spielraum geschaffen werden kann.

Die 101 %-Grenze wird für zu hoch gehalten und es wird eine Senkung auf 100,5 % gefordert, um die Einhaltung der Stabilisierungsziele zu sichern (GRÜNE Schweiz, SPS; BirdLife, BPK, BSLA, Casafair, FFW, FSU, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-CH, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, Landschaftsinitiative, oeku, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, ROREP, SCNAT, SIA, SVU, SL-FP, VCS, WWF).

Der Bund soll den Prozentsatz regelmässig überprüfen und gegebenenfalls anpassen (TI; SAB; SBV; AgorA, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SBS, SGBV, SGP, SMP, STV, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV). Es wird eine Überprüfung alle 8 (TI), 10

(RKKO) oder 15 Jahre (SAB; CP, Nessler, SBS, Strauss, STV, Toggenburg, UFS, USPI, VBO, Wattwil) vorgeschlagen.

OW schlägt eine kantonsspezifische Festlegung vor. Andere Vernehmlassungsteilnehmende schlagen ein interkantonales Transfersystem vor (economicsuisse; Baumeister, STV).

Mindestens 90 % des Entwicklungsspielraums soll landwirtschaftlichen Gebäuden vorbehalten sein (SBV; AgorA, AgriGenève, ASR, Aviforum, Bell, BEBV, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, EspaceSuisse, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, Swiss Beef, swissherdbook, SVZ, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV), oder diese sollen zumindest Priorität haben (NE; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, KOLAS, LDK, MS, Prométerre, RKE, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisse-melio, Suisseporcs, Swiss Beef, swissherdbook, SVZ, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Artikel 25c, Massgebende Werte am 29. September 2023

Allgemeines

Datenerfassung, -eingabe und -prüfung verursachen einen hohen Aufwand für die Kantone, deren Personalressourcen begrenzt sind (AR, FR, SG, SH, TG; Strauss, UFS, Worb). Das vorgesehene System ist zudem komplex und bringt nur geringen Nutzen (AI, GL, GR, NW, OW, TI, UR, VS; Nessler, RKGK, Strauss, Toggenburg, UFS, Wattwil, Worb).

Die RPV muss offen sein für neue, effizientere Methoden (AG, AR, BL, OW, SG, SH, TG; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, IRL, metal.suisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 1

Als Bezugspunkt für die Bewertung des Stabilisationsziels soll das Inkrafttreten von Gesetz und Verordnung gelten, nicht der 29. September 2023, um rückwirkende Effekte zu vermeiden (TI; SAB; CP, GastroSuisse, GPMVR, IG-LR, NOB, RKKO, USPI, VBO).

Absatz 2

Illegale Gebäude und versiegelte Flächen, deren Beseitigung bis zum Stichtag (29. September 2023) verfügt wurde, sollen in die Stabilisationsziele einbezogen werden und deren Abbruch zur Zielerreichung zählen (AI, GL, GR, NW, TI, UR, VS; RKGK).

Die Bestimmung soll dahin gehend ergänzt werden, dass auch nach dem Stichtag aufgrund einer rechtskräftigen Verfügung beseitigte illegale Bauen und versiegelte Flächen nicht mehr angerechnet werden (SPS; BirdLife, Casafair, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SCNAT, SL-FP, SVU, VCS, WWF).

Es wird die Streichung der Bestimmung verlangt (VD; SBV; AgorA, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Landwirtschaftliche Gebäude mit verbindlicher Abbruchverpflichtung gelten als temporär und sollen im Hinblick auf die Stabilisationsziele so behandelt werden, wie wenn sie nicht existieren würden (GL, NE; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, KOLAS, LDK, MS, Prométerre, RKE, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisse-melio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 3

BE und VD schlagen vor die Bestimmung zu streichen.

Andere verlangen die Streichung des zweiten Satzes. Landwirtschaftliche Flächen sind auch dann nicht zu berücksichtigen, wenn sie einer Mehrfachnutzung unterliegen und diese überwiegt (SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 4

Wenn zonenkonforme Landwirtschaftsbauten von der Bau- in die Landwirtschaftszone verlegt werden müssen, sind die neuen Gebäude und versiegelten Flächen so zu behandeln, als wären sie schon zum Referenzzeitpunkt Teil der Landwirtschaftszone gewesen (SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 5

VD und economiesuisse schlagen vor, die Bestimmung zu streichen. Es sollen falsche Anreize zu Unterschutzstellungen vermieden werden (economiesuisse).

Artikel 25d, Geodaten und Koordination

Allgemeines

Die Einführung verbindlicher Regeln zu Geodaten und Koordination zur effektiven Erreichung der Stabilisationsziele wird begrüsst (BL, GE, SPS, BirdLife, Casafair, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF). SPS und Umweltorganisationen weisen auf die Bedeutung der relevanten Daten für die Raumplanung hin, halten aber eine vollständige Erfassung als zu aufwendig. Bestandsflächen, zu bewilligende und zu entfernende versiegelte Flächen sollen jedoch bei jeder Änderung, etwa im Rahmen von Projekten oder Baugesuchen, möglichst genau erfasst werden.

Artikel 25d (ausser Abs. 1) soll gestrichen werden, da Geodaten und Baubewilligungen Sache der Kantone sind. Die Kantone sollen selbst über Verfahren zur Einhaltung der Stabilisationsziele entscheiden (AI, BS, FR, GL, GR, JU, NW, TI, UR, VD, VS; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, GPMVR, HOS, MS, Nessler, Prométerre, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, Toggenburg, VLS, VSKP, Wattwil, WLK, ZBB, ZBV).

AG und TI führen aus, die Daten sollen nicht bereits im Rahmen der Baubewilligung, sondern erst bei der tatsächlichen Umsetzung der Vorhaben erhoben werden. Oft liegen zwischen der Baubewilligung und dem Bau Jahre. Zudem würden oft Projekte geändert oder Bauvorhaben gar nicht realisiert.

Absatz 1

Die Definitionen der Gebäudegrundfläche in der amtlichen Vermessung und in der SIA-Norm 416 weichen voneinander ab (AG, TG). Zur Vermeidung von Unsicherheiten sollte die amtliche Vermessung als Basis dienen (AG). Unklar ist zudem, wie Balkone und Dachvorsprünge zu berücksichtigen sind (TG; Worb).

Absatz 2

Eine grosse Zahl von Vernehmlassungsteilnehmenden verlangt die Streichung der Bestimmung aus (AI, BS, FR, GL, GR, JU, NW, TG, TI, UR, VD, VS; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, IG-LR, MS, Prométerre, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

GE und EspaceSuisse begrüssen die Bestimmung.

Absatz 3

Eine grosse Zahl von Vernehmlassungsteilnehmenden verlangt die Streichung der Bestimmung aus (AI, BS, FR, GL, GR, JU, NW, TI, UR, VD, VS; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 4

Eine zusätzliche Baubewilligungspflicht für Nutzungsänderungen, die über das geltende Recht hinaus geht, wird als nicht angemessen betrachtet. Werden versiegelte Flächen, die ursprünglich nicht unter das Stabilisierungsziel fallen, einer Nutzung zugeführt, die sie anrechenbar werden lässt, genügt eine entsprechende Meldung (AI, GL, GR, NW, OW, TI, UR, VS; RKGK). EspaceSuisse begrüsst ebenfalls eine solche Meldepflicht.

SG, TG und VD verlangen die Streichung der Meldepflicht.

Wenn eine landwirtschaftliche Nutzung in eine nichtlandwirtschaftliche Nutzung übergeht, kann dies zu einer starken Zunahme der versiegelten Fläche führen. Die Verordnung muss hierfür eine realistische Lösung vorschlagen (SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Artikel 25e, Periodische Überprüfung der Erreichung der Stabilisierungsziele

Absatz 1

Der vorgesehene Vierjahresrhythmus ist in der Praxis zu kurz und mit den verfügbaren Ressourcen nicht umsetzbar. Stattdessen werden Fristen von sechs, sieben oder acht Jahren vorgeschlagen. sechs (IG-LR), sieben (HEV) oder acht Jahren (AI, GL, GR, NW, TI, UR, VS; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV) vorgeschlagen.

Absatz 2

Es wird gefordert, klar festzulegen, wann die Erreichung der Stabilisationsziele als gefährdet gilt, um Rechtssicherheit und Gleichbehandlung zu gewährleisten (AG, BL, FR, GL, JU, LU, NE, SH, TG, TI, UR, VD, VS, ZG; BPUK, EspaceSuisse, KOLAS, LDK, RKE, suisse-melié).

Zur Feststellung des Zeitpunkts, ab dem eine Gefährdung anzunehmen ist, wird vorgeschlagen, Schwellenwerte im Richtplan festzusetzen. Bei Erreichen des Schwellenwerts sollen Sofortmassnahmen wie Kompensationspflichten, Anreize zum Nutzungsverzicht oder Massnahmen gegen illegale Bauten ergriffen werden (SPS; BirdLife, BSLA, Casafair, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, SVU, VCS, WWF).

Kritisiert wird, dass die aktuelle Formulierung zu unbestimmt ist und Missbrauchspotenzial birgt; sie soll auf Fälle beschränkt werden, in denen die Ziele tatsächlich nicht erreicht werden (SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 3

AG verlangt, dass die Nichteinhaltung oder Gefährdung der Stabilisationsziele nicht automatisch eine Anpassung des Richtplans erfordert. Die Kantone sollen selbst über geeignete Massnahmen entscheiden können, auch wenn diese keine Anpassung des Richtplans notwendig machen.

Absatz 4

Die Stabilisationsziele für Gebäude und versiegelte Flächen sollen getrennt behandelt werden, ebenso die Folgen der Nichteinhaltung eines der beiden Ziele (BL, JU, NE, OW, SZ, TI, UR, VD, VS; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, EspaceSuisse, GalloSuisse, GLBV, HOS, KOLAS, LBV, LDK, MS, Prométerre, RKE, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisselemio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Wenn ein Kanton trotz einer Kompensationspflicht das Stabilisationsziel nach vier Jahren nicht erreicht, soll für ihn der Grenzwert gemäss Artikel 25b automatisch um ein Prozent erhöht werden (SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, LBV, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisselemio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Artikel 25f, Kompensationspflicht bei Verfehlen der Stabilisierungsziele

Allgemeines

Die Regelung verpflichtet bei Nichterreichen der Stabilisierungsziele nur zur Kompensation von Gebäuden, nicht aber von versiegelten Flächen, was als widersprüchlich erscheint. Es wird daher vorgeschlagen, den Geltungsbereich der Kompensationspflicht zu präzisieren (AG, BL, FR, TG, AG, BL, TG; BSLA, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF) bzw. zwischen den beiden Stabilisierungszielen zu unterscheiden (AI, AR, GL, GR, NW, SG, TI, UR, VD, VS, ZG; SVP; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, FRI, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, RKGK, SBLV, SCNAT, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Geschützte oder schützenswerte Gebäude dürfen nicht für die Kompensation verwendet werden (AG, SH, SZ, VS; SPS; BirdLife, BSLA, Casafair, FFW, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-CH, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, Landschaftsinitiative, oeku, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF). SPS und Umweltorganisationen lehnen es zudem ab, dass illegale Bauten als Kompensationsobjekte verwendet werden.

Der vorgesehene Stabilisierungs- und Sanktionsmechanismus fördert unerwünschte Immobilienspekulation. Landwirtschaftliche Bauten sollen daher nur durch gleichartige landwirtschaftliche Bauten ersetzt werden dürfen, um Benachteiligung gegenüber wertstärkeren Nutzungen zu verhindern. Bei freiwilligem Abbruch soll das Wiederaufbaupotenzial für die Landwirtschaft reserviert werden können (SBV; ASR, Aviforum, Bell, BEBV, BVAG, BVAR, Braunvieh, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS,

Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Nach economiesuisse, sgV, Baumeister und STV soll die Kompensation auch kantonsübergreifend möglich sein.

Absatz 1

Die Verschärfung, dass nicht nur die Anzahl der Gebäude sondern auch die Gebäudefläche kompensiert werden muss, ist gesetzeswidrig und unnötig; der Bezug auf die Begrenzung der Gebäudefläche ist zu streichen (AR, BL, JU, NE, OW, SG, SZ, TI, VD; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, FRI, GalloSuisse, GLBV, GVBF, HOS, KOLAS, LDK, MS, Prométerre, RKE, SBLV, SBS, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisselemio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Die Bestimmung muss sicherstellen, dass weder die Anzahl noch die Gesamtfläche der Gebäude zunimmt. Zudem sollen in bestimmten Fällen auch versiegelte Flächen kompensiert werden müssen, selbst wenn das Gesetz dies nicht für jedes Objekt einzeln vorsieht. (GE; SPS; BirdLife, Casafair, EspaceSuisse, FFW, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-CH, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, IRL, Landschaftsinitiative, oeku, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SCNAT, SL-FP, SVU, VCS, WWF).

Absatz 2

Der Begriff "Renaturierung" muss durch "Rekultivierung" ersetzt werden (AG, BL, FR, GL, LU, NE, SH, SZ, TG, TI, VD, VS, ZG, ZH; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, BPUK, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, KOLAS, LDK, MS, Prométerre, RKE, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisselemio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Die Regelung ist in der Praxis nicht umsetzbar. Die Kantone sollen bei der Kompensation mehr Flexibilität erhalten, solange ausreichende Garantien für deren Umsetzung bestehen. Ein Abriss soll unter Berücksichtigung der Umstände auch erst nach dem Bau des Ersatzgebäudes erfolgen können (AI, BL, GE, GL, GR, LU, NE, NW, SH, TG, TI, UR, VD, VS, ZG; economiesuisse, SBV, sgV; ASR, Aviforum, Axpo, Baumeister, BEBV, Bell, BPUK, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, KOLAS, LDK, MS, Nessler, Prométerre, RKE, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, STV, suisselemio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, Toggenburg, VLS, VSKP, Wattwil, WLK, ZBB, ZBV).

BL, TG und VD schlagen vor, die Bestimmung zu streichen

Absatz 3

Die Bestimmung ist zu streichen (AI, GE, GL, GR, NW, TI, UR, VS; SBV; ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Strauss, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, UFS, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Artikel 25g, Durch den Bund bewilligte Gebäude und Versiegelungen

Allgemeines

Die Tatsache, dass vom Bund bewilligte Gebäude und versiegelte Flächen nicht in die Stabilisationsziele einbezogen werden, wird begrüsst (AI, AG, BE, GL, GR, NW, TI, UR, VS; RKGK). Der Bund muss die entsprechenden Geodaten den Kantonen gleichwohl schnell und regelmässig zur Verfügung stellen (AG, BE, TI).

Es wird begrüsst, dass für Gebäude und Versiegelungen, die vom Bund bewilligt werden, ähnliche Vorschriften gelten, wie für die von den Kantonen bewilligten (SPS; BirdLife, BSLA, Casafair, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

Artikel 25g muss klarstellen, dass auch der Bund die Stabilisierungsziele einhalten und zur Beseitigung unnötiger Gebäude und Versiegelungen ausserhalb der Bauzonen beizutragen hat (FR, TI, VD).

Absatz 1

economiesuisse und FZH schlagen vor, Gebäude und Versiegelungen innerhalb eines klar abgegrenzten Sachplanperimeters von dieser Bestimmung auszunehmen.

Absatz 2

Die Erwähnung der „Planungskompetenz der Kantone“ soll gestrichen werden. Alle Gebäude und Versiegelungen in den betroffenen Gebieten, die durch einen vom Bund genehmigten Plan gedeckt sind, müssen ausgenommen werden (AI, GL, GR, NW, OW, TI, UR, VS; Baumeister, RKGK, SBS, STV).

Die Bestimmung befreit de facto Bundesvorhaben von der Einhaltung der Stabilisationsziele. Da der Bund aber ebenfalls Adressat der Stabilisierungsziele ist, sollten neue Bundesgebäude und -versiegelungen den betroffenen Kantonen angerechnet werden (BL; SPS; BirdLife, BSLA, Casafair, EspaceSuisse, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SCNAT, SL-FP, VCS, WWF).

Artikel 32^{bis}, Bündelung von Infrastrukturanlagen

Allgemeines

Verschiedene Teilnehmenden begrüssen die vorgeschlagene Regelung (OW; SVP; SAB; sgV; EspaceSuisse, FSU, NOB, RKE, RKOO, ROREP, SIA).

Einige Teilnehmende schlagen vor, die Bestimmung zu streichen (ZG, Axpo, GPMVR, Regiogrid, SAK, STV). Das Bündelungsgebot sei bereits in Artikel 24^{bis} nRPG geregelt und die Umsetzung sei praktisch schwierig, insbesondere im Hinblick auf den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und der Netzinfrastuktur (FDP; Axpo).

Verschiedene Teilnehmende beantragen, eine Bestimmung aufzunehmen, wonach Kulturland und insbesondere Fruchtfolgeflächen zu schonen seien (TG, UR, ZH; SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, Bell, BEBV, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, KOLAS, LDK, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisse-melior, SVZ, Suisseporcs, swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 1

Die ENHK und die EKD begrüssen, dass der Verordnungsentwurf den ersten Satz von Artikel 24^{bis} Absatz 1 nRPG präzisiert.

Die SBS schlägt vor, Absatz 1 zu streichen, da die Vorgabe bereits aus dem geltendem Recht hervorgeht und im Baubewilligungsverfahren überprüfbar ist.

Dass die Bündelung nur an «möglichst unempfindlichen Standorten» erfolgen soll, stellt für einige Vernehmlassungsteilnehmende (AI, GL, NW, UR, VS; SAB; sgv; NOB, RKGK, RKOÖ) eine unnötige Einschränkung dar.

economiesuisse und FZH beantragen, grosse Infrastrukturanlagen, etwa der Luftfahrt, die innerhalb von Sachplanperimetern realisiert werden, vom Bündelungsgebot auszunehmen.

Absatz 2

SZ, economiesuisse und STV beantragen, die Bestimmung zu streichen. Die darin enthaltene Prüfungspflicht verzögere und verteuere die Weiterentwicklung von Infrastrukturanlagen.

Einige Teilnehmenden kritisieren die unklare Tragweite der Bestimmung und die daraus resultierende Rechtsunsicherheit. Sie schlagen vor, klarzustellen, dass der Gesuchsteller prüfen muss, wie die Bodennutzung künftig mit anderen Nutzungen gebündelt oder zusammengelegt werden kann (AI, GL, NW, TI, UR, VS; RKGK).

Artikel 32a^{bis}, Bewilligungsfreie Solaranlagen an Fassaden

Allgemeines

Verschiedene Teilnehmende kritisieren die zu detaillierten Vorgaben, die den gesetzgeberischen Zweck einer bewilligungsfreien Erstellung von Anlagen verhindern würden (FR, JU; FDP; SAB; SBV, sgv; Axpo, bauenschweiz, GPMVR, KOLAS, LDK, Mitte Muri, RKE, RKOÖ, Strauss, UFS). Es wird vorgeschlagen, Absatz 1 so anzupassen, dass Solaranlagen an Fassaden als angepasst gelten, wenn sie Artikel 32a RPV sinngemäss erfüllen; die übrigen Absätze (ausser Abs. 4) können gestrichen werden.

AG fordert eine Überarbeitung der Bestimmung, damit im Rahmen der Meldepflicht nur fachlich verträgliche Solaranlagen an Fassaden zulässig sind und der Lärmschutz klar geregelt ist.

SG und TG beantragen, dass die grundsätzliche Anwendbarkeit von Artikel 18a RPG sowie von Artikel 18a Absatz 3 RPG in Verbindung mit Artikel 32b RPV in Artikel 32a^{bis} festgehalten wird.

Einige Teilnehmende weisen darauf hin, dass Fassadensolaranlagen das Erscheinungsbild eines Gebäudes stark beeinflussen können. Einfache Gestaltungsprinzipien zu Form, Design, Farbe und Material können aber, ohne die Effizienz wesentlich zu beeinträchtigen, zu einem akzeptablen Gesamtbild beitragen (AP, AS, KSD, Mitte Muri).

Absatz 1

Allgemeines

Mehrere Vernehmlassungsteilnehmende beantragen, die Bestimmung zu streichen, um Kantonen und Gemeinden mehr Spielraum zu lassen (AI, GL, NW, OW, TI, UR, VS; SAB; AgriGnève, ASR, Aviforum, Axpo, BEBV, Bell, Brauenvieh, BVAG, BVAR, CP, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, Regiogrid, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, suissefec, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, USPI, VBO, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV). Stattdessen solle – wie in Absatz 4 – ein Verweis auf kantonales Recht genügen (SAB).

Verschiedene Teilnehmende fordern, die Anforderungen für Fassadenanlagen denjenigen für Dachanlagen gleichzustellen (GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Es wird ausgeführt, die Anforderungen a–f deckten nicht alle Gestaltungsmöglichkeiten für Fassaden-Solaranlagen ab. Stattdessen wird eine allgemeine Regelung vorgeschlagen, wonach solche Anlagen gut in die Gebäude- und Umgebungsgestaltung integriert sein müssen (GRÜNE Schweiz; BirdLife,

Casafair, EspaceSuisse, FFW, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-CH, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, Landschaftsinitiative, oeku, PF, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, SCANAT, SIA, SL-FP, VCS, WWF).

Buchstabe a

AR, BL, SG und SH sowie Swissolar schlagen vor, die Bestimmung so zu ergänzen, dass Solaranlagen auch verteilt auf mehrere Anlagen angeordnet werden können, wenn dies ein harmonisches Gesamtbild ergibt.

Buchstabe b

Für BE ist nicht klar, ob Solaranlagen an einer Fassade genügend angepasst sind, wenn sie bisher einheitlich gestaltete Fassadenelemente oder Bauteile einheitlich ersetzen. GE schlägt vor, dass auch die Anforderung eines passenden Farbtons aufgenommen werden muss.

Buchstabe c

Für den Kanton Aargau ist unklar, was „vollständig abdecken“ bedeutet; er befürchtet, dass Gebäude mit Licht- oder Lüftungsöffnungen unter Schrägdächern von der Norm ausgeschlossen würden.

Buchstabe d

Es wird beantragt, die Bestimmung zu streichen, da farbige Solarpaneele teuer und weniger energieeffizient seien (aeesuisse, ewz, Regiogrid, suissetec, Swissolar).

BE, NE, SH, SO, VS und ZG sowie die BPUK weisen darauf hin, dass die Vorgabe «dieselbe Farbgebung» wenig praktikabel sei, und empfehlen stattdessen eine «möglichst ähnlichen Farbgebung» zu verlangen.

Buchstabe e

AG, BSLA und SIA empfehlen, die Bestimmung zu streichen.

Buchstabe f

AG befürwortet eine tiefere Schwelle für bewilligungsfreie Solaranlagen an Fassaden in wenig empfindlichen Arbeitszonen.

Die Bestimmung wird als problematisch und veraltet kritisiert, da Solarpanels an Fassaden ohne Baubewilligung nicht auf ihre Auswirkungen auf die Umgebung geprüft würden. Dies sei besonders in Industrie- und Gewerbebezonen problematisch, die an Bauzonen grenzen – eine Situation, die mit Verdichtung und Wohnraumangel häufiger werde (AKD, AP, AS, DAH, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, KSD, KSKA, NIKE). Zudem gebe es auch in solchen Zonen schützenswerte Denkmäler und Stätten, bei denen eine Prüfung zwingend nötig sei (AKD).

Es sollten auch Mischzonen mit ausschliesslich gewerblicher Nutzung aufgenommen werden, da sie den Arbeitszonen entsprechen (aeesuisse, ewz, suissetec, Swissolar).

Es muss geregelt werden, wie mit Gebäuden in Arbeitszonen umzugehen ist, die höhere Gestaltungsanforderungen erfüllen müssen wie zum Beispiel grosse Bauten oder Denkmäler (Zürich).

Absatz 2

Allgemeines

GE schlägt vor, als Voraussetzung festzulegen, dass Solaranlagen auf Gebäuden mit einer Gesamthöhe von maximal 11 m angebracht sein müssen und den VKF-Brandschutzvorschriften entsprechen müssen.

BL schlägt vor, als Voraussetzung festzulegen, dass die Solaranlagen an einer vom öffentlichen Raum abgewandten Fassade angebracht werden sollen (ähnlich: AP, AS, KSD).

Buchstabe a

BS, Axpo, Regiogrid, suissetec und Swissolar schlagen vor, die Bestimmung zu streichen.

AG schlägt vor, das Kriterium zu präzisieren, damit Solaranlagen vorhandene Gliederungs- und Schmuckelemente weder frontal noch seitlich verdecken.

Buchstabe b

BS empfiehlt, den Wortlaut zu überprüfen.

Buchstabe c

Zürich schlägt vor, den Begriff „Fassadenkanten“ durch „parallel zu den Fassadenflächen“ zu ersetzen, da ersterer unklar ist.

Buchstabe d

BL beantragt, die Bestimmung so anzupassen, dass ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten, jedoch nicht zwingend das gleiche Material zu verwenden sei.

Gemäss Swissolar führt die aktuelle Formulierung zu Unsicherheit bezüglich der Rahmenfarbe; es wird vorgeschlagen, stattdessen auf einen einheitlichen Gesamteindruck von Farbgebung und Material zu achten.

Absatz 3

SSV und EspaceSuisse begrüßen, dass der Entwurf die kantonale Gesetzgebung berücksichtigt.

Negativ

Eine grosse Zahl vom Vernehmlassungsteilnehmenden schlägt vor, die Bestimmung zu streichen, da sie entweder überflüssig, zu detailliert oder unklar sei (SPS; SAB; SBV; aeesuisse, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Birdlife, Brauenvieh, BVAG, Casafair, CP, FFW, GalloSuisse, GLBV, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-CH, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, HOS, Landschaftsinitiative, MS, oeku, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, Regiogrid, SBLV, SGBV, SGP, SL-FP, SMP, SOV, Suisseporcs, suissetec, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, Swissolar, USPI, VBO, VCS, VLS, VSKP, WLK, WWF, ZBB, ZBV).

Alternativ wird vorgeschlagen, den Text klarer zu fassen (aeesuisse, suissetec, Swissolar).

Es wird vorgeschlagen, die Einschränkung zu streichen, dass kantonale oder kommunale Gestaltungsvorschriften nur gelten, sofern die Solarnutzung nicht übermässig eingeschränkt wird (AI, GL, NW, TI, UR, VS, ZH; BPK, BSLA, FSU, RKGK, SCNAT, SIA).

BE, SG und SH sowie Planair fordern, die Anforderung der nicht übermässigen Einschränkung der Nutzung der Solarenergie zu präzisieren.

Absatz 4

AP, AS und EspaceSuisse begrüßen die Bestimmung.

Andere Teilnehmende verlangen die Streichung der Bestimmung (SPS; Birdlife, Casafair, FFW, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, Landschaftsinitiative, oeku, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

AG und OW sowie SSV und KSD schlagen vor, in der Bestimmung auch die Gemeinden einzubeziehen.

Absatz 5

EspaceSuisse begrüsst die Bestimmung.

Eine grosse Zahl von Teilnehmenden schlägt vor, die Bestimmung ganz oder teilweise zu streichen (OW, SO, TI; SPS; SAB; SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, BirdLife, Brauenvieh, BVAG, BVAR, Casafair, CP, FFW, GalloSuisse, GLBV, Heimatschutz-AG, Heimatschutz-BS, Heimatschutz-CH, Heimatschutz-GL, Heimatschutz-SG-AI, Heimatschutz-SH, Heimatschutz-SO, Heimatschutz-TG, Heimatschutz-ZG, Heimatschutz-ZH, HOS, Landschaftsinitiative, MS, oeku, Patrimoine-GE, Patrimoine-VD, Patrimoine-VSR, PF, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, SL-FP, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, USPI, VBO, VCS, VKSP, VLS, WLK, WWF, ZBB, ZBV).

Artikel 32c, Nicht freistehende Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen

Allgemeines

BE, OW und RKE begrüßen die Regelung.

Nach AG, AR, SG und SH ist der Begriff „nicht freistehend“ bei Solaranlagen unklar. Der Begriff soll auch Solarzäune, schwimmende Solaranlagen sowie Forschungsanlagen umfassen (SG, SH, TG, Axpo).

Einige Teilnehmende sind der Ansicht, dass die Bestimmungen auch für die notwendige Netzinfrastruktur wie z.B. Trafostationen gelten soll (BE, GE SH, TG, VS; FDP; sgV; aeesuisse, bauenschweiz, BKW, energie360°, GH, Insolight, Regiogrid, suissetec, Swissolar, Zürich).

BE schlägt vor, für Solaranlagen eine Planungspflicht ab einer bestimmten Grösse oder Leistung festzulegen, unter Berücksichtigung anderer Rechtsgrundlagen (Umweltschutzgesetz, UVP-Verordnung). Gemäss SSV, aeesuisse, energie360°, GH, Swissolar und Zürich sollen Anlagen mit einer Jahresproduktion bis 5 GWh von der Planungspflicht ausgenommen werden, um den Ausbau erneuerbarer Energien nicht zu bremsen.

Absatz 1

ENHK und EKD betonen, dass die Ausdrucksweise „können standortgebunden sein“ klarstelle, dass Behörden insbesondere in Schutzgebieten zu abweichenden Entscheidungen kommen können.

BPK, FSU, ROREP, SCNAT und SIA schlagen vor, zu verlangen, dass sich Solaranlagen nach einem architektonischen und landschaftlichen Konzept in den räumlichen Kontext einzufügen haben.

In der Bestimmung sollen laut Insolight Beispiele für solche Konstruktionen oder Installationen aufgenommen werden, etwa Hagelnetze oder andere thermische bzw. plastische Schutzvorrichtungen.

Artikel 32d, Freistehende Solaranlagen nicht von nationalem Interesse ausserhalb der Bauzonen

Allgemeines

Die SVP lehnt den Bau von freistehenden Solaranlagen auf Fruchtfolgeflächen und hochwertigen landwirtschaftlichen Böden strikt ab. Landwirtschaftliche Flächen sollen geschützt werden und Vorrang zur Nutzung behalten.

Einige Teilnehmende beantragen, zu präzisieren, was unter «Vorteilen für die landwirtschaftliche Produktion» zu verstehen ist (BL, GL, OW, TG, TI, UR, ZG, ZH; SBV; AgriGenève, ASR, Bell, BVAG, BVAR, BEBV, Braunvieh, GalloSuisse, GH, GLBV, HOS, JardinSuisse, KOLAS, LDK, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SMP, SOV, suisse melio, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, Swissolar, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Einige Teilnehmende sind der Ansicht, dass die Bestimmungen auch für die notwendige Netzinfrastruktur wie z.B. Trafostationen gelten soll (GE, SH, TG, VS; FDP; BKW, Insolight). RegioGrid schlägt vor, diese Bestimmung auch noch auf Speicher auszudehnen.

Absatz 1

aeesuisse, BKW, energie360°, GH, RegioGrid, Swissolar und Zürich beantragen, die schwimmenden Anlagen auf einem Stausee oder auf anderen künstlichen Gewässerflächen explizit zu erwähnen

Die ENHK und die EKD beantragen, in dieser Bestimmung aufzunehmen, dass die Standortgebundenheit von freistehenden Solaranlagen nicht von nationalem Interesse ausserhalb der Bauzonen ein wenig empfindliches Gebiet voraussetze.

SAC und MW beantragen, Absatz 1 zur Konkretisierung der Begriffe «wenig empfindliche» und «bereits mit anderen Bauten und Anlagen belastete Gebiete» dahin gehend zu ergänzen, dass dies Standorte unmittelbar neben Bauzonen oder bestehenden, ganzjährig intensiv genutzten Infrastrukturanlagen sind.

Absatz 2

BE, GE, JU, SG, SH, SZ, TG und ZH fordern, festzulegen, ab welcher Grösse oder Leistung freistehende Solaranlagen ausserhalb der Bauzonen, die nicht von nationalem Interesse sind, planungspflichtig sind.

Verschiedene Teilnehmende verlangen die Klarstellung, dass eine Planungspflicht bestehe, wenn für die Anlage eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist (SBV; AgriGenève, ASR, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, Insolight, JardinSuisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SMP, SOV, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Gemäss aeesuisse, energie360°, GH, Swissolar und Zürich sollen Anlagen mit einer Jahresproduktion bis 5 GWh von der Planungspflicht ausgenommen werden, um den Ausbau erneuerbarer Energien nicht zu bremsen.

Absatz 3

ENHK und EKD begrüssen die verlangte umfassende Interessenabwägung. Sie weisen darauf hin, dass für solche Anlagen innerhalb von Bundesinventarobjekten gemäss Artikel 5 NHG aufgrund von Artikel 6 NHG eine eingeschränkte (bzw. zweistufige) Interessenabwägung gelte.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende beantragen die Streichung der Bestimmung (SBV; AgriGenève, ASR, Axpo, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SMP, SOV, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Vernehmlassungsteilnehmende beantragen, in dieser Bestimmung das Wort «umfassenden» zu streichen (BS; aeesuisse, Axpo [als Eventualantrag], BKW, energie360°; Regiogrid).

Es wird beantragt, die Begründungslast bei der Interessenabwägung zu verschärfen: geltend gemachte Interessen müssen im Bewilligungsverfahren ausführlich begründet werden, und eine Bewilligung darf nur verweigert werden, wenn überwiegende öffentliche oder sehr gewichtige private Interessen entgegenstehen (SG; sgv; aeesuisse, Axpo, BKW, energie360°, GH, Regiogrid, Swissolar).

Es wird verlangt, in der Interessenabwägung stets die architektonische Gestaltung und landschaftliche Einbettung zu berücksichtigen. Die Aspekte Landschaftsbild und Baukultur sollen eine hohe Gewichtung erhalten und in der Bestimmung explizit erwähnt werden (BPK, FSU, ROREP, SIA, RZU, SCNAT).

Absatz 4

Solaranlagen sollen nach einer über zehnjährigen Produktionsunterbrechung als endgültig ausser Betrieb gelten und zurückgebaut werden müssen (SPS; BirdLife, BSLA, Casafair, Heimatschutz-CH, oeku, Pro Natura-BS, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-ZH, PUSCH, SLFP, SVU). Einige Teilnehmende schlagen vor, dass dies bereits nach einem fünfjährigen Unterbruch erfolgen soll (FFW, Landschaftsinitiative, Pro Natura-BE, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-VD, Vogelwarte, VCS, WWF).

aeesuisse, GH, Swissolar und Zürich weisen darauf hin, dass PV-Unterkonstruktionen bis 60 Jahre halten und ein Repowering nach halber Lebensdauer möglich sein soll.

Absatz 5

BS beantragt die Streichung der Bestimmung; ein gesetzliches Pfandrecht sei unangemessen und die gesetzliche Grundlage sei fraglich.

Da Projektanten meist nicht Grundeigentümer sind, könnte die Pfandrechtsdrohung Eigentümer von einer Grundstücksbereitstellung abhalten (TG; Axpo).

Der erste Satz der Bestimmung soll gestrichen werden, da Kanton für solche Details zuständig ist (AgriGenève, ASR, Aviforum, Bell, BVAG, BVAR, BEBV, Braunvieh, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 6

Einige Vernehmlassungsteilnehmende beantragen die Streichung der Bestimmung (AI, BS, GL, NW, UR, VS; SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, RKGK, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Artikel 32e, Anlagen zur Nutzung der Energie aus Biomasse

Allgemeines

Die SVP unterstützt Biomassanlagen, die nah an bestehenden Infrastrukturen errichtet würden und somit die lokale Landwirtschaft direkt unterstützten. Grossflächige kommerzielle Biomasseprojekte seien allerdings kritisch zu betrachten.

Mehrere Teilnehmende begrüßen die Bestimmung, welche die Entwicklung von Biomasse- und Biogasanlagen fördert und damit zur Energie- und Klimastrategie beiträgt (Biomasse Suisse, Mitte Muri, POWERLOOP, VSG).

SG beantragt, einen Absatz aufzunehmen, der Nebenanlagen zur Energieerzeugung aus verholzter Biomasse als standortgebunden zulässt, wenn bei Anlagen für unverholzte Biomasse zusätzlicher Wärme- oder Strombedarf besteht.

Einige Teilnehmende fordern die im Parlament zugesagte Freiheit auch für verholzte Biomasse. Bei gewerblichen Anlagen soll der Ausbau jedoch auf ein Minimum begrenzt werden, um den Biomassemarkt vor einer Dominanz grosser Energieunternehmen zu schützen und landwirtschaftliche Anlagen zu fördern (SBV; Agora, AgriGenève, ASR, Bell, BVAR, BEBV, Braunvieh, CAJB, SNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Ökostrom, SBLV, Schweizer AG, SGBV, SGP, SMP, Suisseporcs, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Einige Teilnehmende sind der Ansicht, dass die Bestimmungen auch für die Anlagen zur elektrischen und gastechnischen Erschliessung gelten soll (aeesuisse, energie360°, POWERLOOP, VSG, ähnlich BKW und InfraWatt). Regiogrid schlägt vor, diese Bestimmung auch auf Speicher auszudehnen.

Das IRL beantragt, dass für Anlagen zur Nutzung der Energie aus Biomasse nach dieser Bestimmung keine Abbruchprämie in Anspruch genommen dürfe. Auch müsse für solche Anlagen eine Zweckbindung und eine Rückbaupflicht gelten.

Absatz 1

Allgemeines

GE fordert einen Grenzwert für die Herkunft der Biomasse zur Vermeidung von Umweltbelastungen durch den Transport. Weiter wird eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit verlangt sowie Regelungen betreffend Rückbaupflicht der Anlagen.

Nach Ansicht des sgv sei diese Bestimmung technologieneutral zu formulieren, d. h. verholzte Biomasse solle nicht explizit ausgeschlossen werden.

Verschiedene Teilnehmende beantragen, dass von den Anlagen keine Fruchtfolgeflächen oder andere ackerfähige Böden betroffen sein dürfen; zudem wird verlangt, dass die Anlagen nur zulässig sind, wenn sie nicht in Bauzonen errichtet werden können, die Biomasse nicht zonenkonform verwendet werden kann und gewichtige Gründe vorliegen (SBV; aeesuisse, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, InfraWatt, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Ingress

Einige Vernehmlassungsteilnehmende beantragen, die Einschränkung auf unverholzte Biomasse zu streichen (AI, GL, NW, UR, VS; SAB; Axpo, HotellerieSuisse, IG-LR, Nesslau, NOB, POWERLOOP, RKGK, RKOÖ, Toggenburg, VSG, Wattwil).

Es wird beantragt, die Standortgebundenheit weiter zu fassen und die Rechtssicherheit zu erhöhen, indem auf die «kann-Formulierung» in der Bestimmung verzichtet werde (energie360°, Nesslau, Strauss, Toggenburg, UFS, VBO, VSG, Wattwil).

Buchstabe a

Verschiedene Teilnehmende lehnen die räumliche Angliederung der Anlagen zur Nutzung der Energie aus Biomasse an landwirtschaftliche Bauten ab (UR, ZG, ZH; SBV; aeesuisse, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, InfraWatt, JardinSuisse, KOLAS, LDK, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisselemio, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Biomasse Suisse fordert, dass Biogasanlagen auch auf ehemals aktiv genutzten Flächen errichtet werden dürfen, nicht nur auf angrenzenden Flächen.

Buchstabe b

Nach Ansicht verschiedener Vernehmlassungsteilnehmenden genügt es nicht, wenn eine Leitung nur in der Nähe ist. Eine Standortgebundenheit sei laut ihnen nur gegeben, wenn das gewonnene Gas direkt am Standort eingespeist werden kann (SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, InfoWatt, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Buchstabe c

Das IRL befürwortet, dass die strassenmässige Erschliessung als kumulative Voraussetzung für die Standortgebundenheit der Anlagen genannt wird.

Absatz 2

Axpo und Biomasse Suisse begrüssen die Bestimmung.

AG und TG beantragen, die Bestimmung zu streichen.

Verschiedene Teilnehmende sehen die vorgeschlagene Anpassung vor dem Hintergrund des Trennungsgrundsatzes kritisch. Sie verlangen, dass Lagerflächen nur im Umfeld der Anlagen standortgebunden sein können (BL, SZ; SPS; BirdLife, BSLA, EspaceSuisse, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SCNAT, SL-FP, VCS, WWF).

GE fordert eine Präzisierung, ob der Absatz nur für unverholzte Biomasse oder für alle Biomassearten gilt, und betont, dass Zwischenlager wahrscheinlich zu Dauereinrichtungen werden und daher dieselben Standortkriterien wie die Anlagen nach Absatz 1 Buchstabe a erfüllen müssten (ähnlich ENHK, EKD und InfraWatt).

Verschiedene Teilnehmende beantragen, dass Zwischenlager von Ausgangsmaterial sowie Zwischen- und Endprodukten nicht als standortgebunden gelten, ausgenommen Endprodukte, die in die Landwirtschaft zurückgeführt werden (OW, ZG, ZH; KOLAS, LDK, suisse-melio).

Verschiedene Teilnehmende beantragen, die Gesamtfläche der Anlagen nach dieser Bestimmung auf maximal 5'000 m² zu begrenzen (SPS; BirdLife, BSLA, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SCNAT, SL-FP, VCS, WWF).

Andere Teilnehmende beantragen, den Begriff «Endprodukte» zu streichen und Standorte auf Fruchtfolge- und anderen Ackerflächen von der Standortgebundenheit auszunehmen (SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, InfraWatt, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 3

Biomasse Suisse begrüsst die Anpassung der Notwendigkeit einer Planungspflicht auf 45'000 Tonnen, wie dies bereits bei den landwirtschaftlichen Biogasanlagen der Fall sei.

Verschiedene Teilnehmende kritisieren den Schwellenwert von 45'000 Tonnen unverholzter Biomasse für die Planungspflicht als zu hoch (OW, TI, TG, ZG, ZH, KOLAS, LDK, suisse-melio). Es wird beantragt, den Wert zu senken oder ganz auf den Schwellenwert zu verzichten. Vorgeschlagene Alternativen sind 5'000 (KOLAS, LDK, suisse-melio), 10'000 (SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, InfraWatt, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV) oder 20'000 (OW) Tonnen pro Jahr bzw. eine Festlegung nach der Leistung (5'000 MWh/a [ZH]).

Verschiedene Teilnehmende sprechen sich für einen Schwellenwert aus, der an der beanspruchten Fläche anknüpft, wobei die Grenze bei 5'000 m² gezogen werden soll (TG; SPS; BirdLife, Espace-Suisse, FFW, Heimatschutz-CH, IRAP, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SCNAT, SIA, SL-FP, VCS, WWF).

Absatz 4

ENHK, EKD und EspaceSuisse begrüßen die verlangte umfassende Interessenabwägung. ENHK und EKD weisen darauf hin, dass für solche Anlagen innerhalb von Bundesinventarobjekten gemäss Artikel 5 NHG aufgrund von Artikel 6 NHG eine eingeschränkte (bzw. zweistufige) Interessenabwägung gelte.

Einige Vernehmlassungsteilnehmende beantragen die Streichung der Bestimmung (SBV; Agri-Genève, ASR, Axpo, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, POWERLOOP, SBLV, SGBV, SMP, SOV, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSG, VSKP, WLK, ZBB, ZBV). Andere beantragen von einer «umfassenden» Interessenabwägung abzusehen (BE, BS, NE, SG, SH, SO, VS, ZG; aeesuisse, Axpo, BKW, BPUK, energie360°, Infra-Watt, Regiogrid).

Es wird beantragt, die Begründungslast bei der Interessenabwägung zu verschärfen: geltend gemachte Interessen müssen im Bewilligungsverfahren ausführlich begründet werden, und eine Bewilligung darf nur verweigert werden, wenn überwiegende öffentliche oder sehr gewichtige private Interessen entgegenstehen (SG; sgV; aeesuisse, Axpo, BKW, energie360°, GH, Regiogrid, Swissolar).

BPK, FSU, ROREP, SCNAT und SIA schlagen vor, zu verlangen, dass sich die Anlagen nach einem architektonischen und landschaftlichen Konzept in den räumlichen Kontext einzufügen haben.

Artikel 32f, Anlagen zur Umwandlung von erneuerbarer Elektrizität in Wasserstoff, Methan oder andere Kohlenwasserstoffe

Allgemeines

OW, KOLAS, LDK, POWERLOOP, suisselemio und VSG befürworten die Bestimmung.

Die SVP vertritt eine vorsichtige Haltung bezüglich Umwandlungsanlagen für erneuerbare Energien. Sie möchte, dass diese primär in Industriezonen statt auf landwirtschaftlichen Flächen errichtet werden.

Einige Teilnehmende verlangen, die Bestimmung auch auf Anlagen zur Energiezufuhr (inklusive CO₂) sowie zur Lagerung und allenfalls Speicherung bzw. Zwischenspeicherung und den Transport auszuweiten (GL, SH, TG, VS; Alpiq, energie360°, GH, POWERLOOP, Regiogrid, Swissolar).

Absatz 1

Alpiq beantragt, vom Kriterium, dass der Standort zum Abtransport der synthetisch erzeugten Energieträger erschlossen sein muss, abzusehen, da dies gesetzlich so nicht vorgesehen sei.

Absatz 2

EspaceSuisse begrüsst den vorgesehenen Schwellenwert für die Planungspflicht von 5'000 m² Flächenbeanspruchung. TG wünscht eine Präzisierung, wonach der Schwellenwert auch dann erreicht wird, wenn bei einer kombinierten Anlage die Anlageteile zusammen diesen Wert erreichen.

Verschiedene Teilnehmende beantragen verlangen, den Schwellenwert bei einer Bodenbeanspruchung von 1'000 m² anzusetzen (SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAR,

GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 3

ENHK und EKD begrüßen die verlangte umfassende Interessenabwägung. Sie weisen darauf hin, dass für solche Anlagen innerhalb von Bundesinventarobjekten gemäss Artikel 5 NHG aufgrund von Artikel 6 NHG eine eingeschränkte (bzw. zweistufige) Interessenabwägung gelte.

Zwei Teilnehmende beantragen die Streichung der Bestimmung (POWERLOOP, VSG). Andere beantragen von einer «umfassenden» Interessenabwägung abzusehen (BE, BS, NE, SH, SO, VS, ZG; aeesuisse, Alpiq, Axpo, BPUK, Regiogrid).

BPK, FSU, ROREP, SCNAT und SIA schlagen vor, zu verlangen, dass sich die Anlagen nach einem architektonischen und landschaftlichen Konzept in den räumlichen Kontext einfügen haben.

Es wird beantragt, die Begründungslast bei der Interessenabwägung zu verschärfen: geltend gemachte Interessen müssen im Bewilligungsverfahren ausführlich begründet werden, und eine Bewilligung darf nur verweigert werden, wenn überwiegende öffentliche oder sehr gewichtige private Interessen entgegenstehen (Alpiq, Axpo, energie360°, Regiogrid).

Artikel 32g, Thermische Netze

Allgemeines

Mehrere Teilnehmende (OW; EspaceSuisse, GBJV, KOLAS, LDK, RKE, suisse-melior, TNS, VSGP) begrüßen die Regelung.

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende betonen, dass die Standortgebundenheit von Wärmeleitungen für die Landwirtschaft in Siedlungsnähe wichtig sei, um Wärmeenergie effizient vom Hof ins Siedlungsgebiet transportieren zu können (SBV; AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, BVAG, BVAR, Braunvieh, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, ZBB, ZBV).

Weitere Teilnehmende verlangen den Einbezug von Boden-Wärmespeichern (sgv; aeesuisse, bauen-schweiz, ewz, GH, InfraWatt, Regiogrid, Swissolar, Zürich) bzw. von Boden-Wärmespeichern und Energiezentralen in die Regelung (TNS).

GVBF und VSGP fordern, es sollen auch Anschlüsse von Anlagen und Gebäuden möglich sein, um z. B. Gewächshäuser fossilfrei mit Fernwärme zu beheizen.

Absatz 1

Verschiedene Teilnehmende schlagen vor, anstelle von «Wärmeleitungen» von «Leitungen thermischer Netze» zu sprechen (SSV; aeesuisse, ewz, GH, InfraWatt, Regiogrid, Swissolar, Zürich).

IRAP kritisiert, dass auch oberirdische Leitungen zugelassen würden, und beantragt, die Bestimmung auf unterirdische Wärmeleitungen und -anlagen zu beschränken, um das Landschaftsbild zu schützen.

Absatz 2

ENHK, EKD und Espace Suisse begrüßen die vorgesehene Notwendigkeit einer umfassenden Interessenabwägung. ENHK und EKD heben zudem den Verweis in den Erläuterungen auf Schutzgebiete und Fruchtfolgeflächen hervor, die in der Interessenabwägung gegen Wärmeleitungen ausserhalb der Bauzonen sprechen könnten.

Verschiedene Teilnehmende beantragen von einer «umfassenden» Interessenabwägung abzusehen (BE, BS, NE, SH, SO, VS, ZG; aeesuisse, BPUK, InfraWatt).

SCNAT schlägt vor, zu verlangen, dass sich die Anlagen nach einem architektonischen und landschaftlichen Konzept in den räumlichen Kontext einfügen haben.

Artikel 32h, Mobilfunkanlagen

In Absatz 1 ist bei «Notwendige Mobilfunkanlagen» das Wort «Notwendige» zu streichen, weil davon auszugehen ist, dass unnötige Mobilfunkanlagen nicht gebaut werden. Falls der Begriff der Notwendigkeit beibehalten wird, ist er zu präzisieren (ZH).

Es muss sichergestellt werden, dass Mobilfunkanlagen auf Hochspannungsmasten und dgl., die in dicht besiedelten Gebieten einen effizienten Betrieb mit niedriger Feldstärke gewährleisten, auch nach dem Abbau der Trägerinfrastruktur weiterbetrieben werden dürfen. Die Bestimmung ist entsprechend zu ergänzen (TI).

Artikel 33a, Nichtbauzonen mit zu kompensierenden Nutzungen

Allgemeines

NW, UR und VS sowie die RKGK begrüßen die zurückhaltende Formulierung der Ausführungsbestimmungen zum Richtplaninhalt für Nichtbauzonen mit zu kompensierenden Nutzungen. Die Regelung wird als sinnvoll erachtet (OW; SPS). Den Kantonen bleibt genügend Handlungsspielraum, um den regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können (BVR, EspaceSuisse, RKOÖ).

Verschiedene Teilnehmende (AR, SG, SO; GastroSuisse, HEV, Nesslau, SVIT, Strauss, Toggenburg, UFS, Wattwil) kritisieren, der Artikel sei zu restriktiv und behindere die Umsetzung des Gebietsansatzes. Vorgeschlagen wird, den Artikel entweder zu streichen oder weniger strenge Kriterien festzulegen.

Die SVP erachtet die Pflicht zur Kompensation als zu streng und als problematisch für Eigentümer und Landwirtschaft; sie bevorzugt freiwillige Anreize und grössere kantonale Entscheidungsspielräume.

TI sowie BPK, EspaceSuisse, FSU und SCNAT weisen darauf hin, dass die Kosten der Kompensations- und Aufwertungsmassnahmen von den Privaten zu tragen sind, die das Projekt mit kompensationspflichtigen Nutzungen realisieren.

Es fehlt eine detaillierte Regelung zur planerischen Umsetzung der Kompensationsgebiete im Richtplan (BPK, FSU, RZU, SIA). Zudem muss das Kriterium der «Verbesserung der Gesamtsituation» konkretisiert werden (RZU).

LDK und KOLAS verlangen eine Ergänzung dahingehend, dass die Verbesserung der Gesamtsituation auch im Hinblick auf Vorteile für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bewirtschaftung zu beurteilen ist.

Absatz 1

Die vorgesehenen Anforderungen an die Kompensationsmassnahmen werden als angemessen beurteilt (ASR, Aviforum, BEBV, Bell, BVAG, BVAR, BirdLife, BPK, Braunvieh, FFW, FSU, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, RZU, SL-FP, VCS, WWF).

FR, NE und JU sowie BPUK verlangen die Streichung des Absatzes, weil er zu einschränkend und schwer zu verstehen sei.

Verschiedene Teilnehmende kritisieren die im Absatz vorgesehene Begrenzung des Gebäudevolumens als nicht gesetzeskonform und in vielen Fällen hinderlich. Sie verweisen darauf, dass das RPG nur die Stabilisierung der Anzahl Gebäude, nicht aber deren Volumen vorschreibt (SGV; SAB; sgv; Baumeister, CP, economiesuisse, HotellerieSuisse, NOB, RKOÖ, STV, USPI, VBO). Die Einschränkung könnte sinnvolle Projekte verhindern, die trotz Volumenzunahme eine Verbesserung der Gesamtsituation bewirken (TI, NW, RKGK).

sgv und GastroSuisse weisen zudem daraufhin, dass die Begrenzung zum Teil auch im Widerspruch zu Anforderungen an moderne Nutzung, Wirtschaftlichkeit, Energieeffizienz oder zu gesetzlichen Vorgaben (z. B. Brandschutz, Barrierefreiheit) stehe.

Dass nur auf das oberirdische Gebäudevolumen abgestellt werden soll, wird von einigen Teilnehmenden als nicht sachgerecht angesehen (BE, VD; EspaceSuisse, IRL, SIA).

Absatz 2

Der Absatz wird grundsätzlich begrüsst. Die Kompetenz für die Interessenabwägung liegt jedoch bei den Kantonen (SAB). Positiv bewertet wird zudem, dass der Absatz den geltenden Prinzipien, insbesondere der Trennung von Bau- und Nichtbauzonen, angemessen Rechnung trägt (EspaceSuisse).

Einige Teilnehmende bemängeln, dass klare Kriterien zur objektiven Beurteilung einer Verbesserung der Situation fehlen; solche sollten in der Verordnung festgelegt werden (BL, TG; BirdLife, FFW, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

Das Kriterium Baukultur (STV) bzw. die Kriterien Siedlungsstruktur und Baukultur sollten gestrichen werden (economiesuisse, Baumeister).

CP und USPI schlagen vor, bei der Bewertung der Verbesserung der Gesamtsituation auch das Kriterium der Wohnungsknappheit zu berücksichtigen. GPMVR und NOB schlagen vor, auch den kulturellen Wert von Gebäuden, insbesondere in Bergregionen, zu berücksichtigen.

Absatz 3

Mehrere Teilnehmende bewerten die Formulierung als angemessen; sie ist beizubehalten (BirdLife, BPK, EspaceSuisse, FFW, FSU, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, RZU, SL-FP, VCS, WWF).

Diverse Stellungnahmen kritisieren die Formulierung als zu restriktiv. Gefordert wird, dass Nutzungen bereits zulässig sind, wenn Kompensations- und Aufwertungsmassnahmen verbindlich zugesichert oder rechtskräftig verfügt sind (BE, NW, TI, UR; SAB; economiesuisse; Baumeister, CP, EspaceSuisse, GPMVR, NOB, RKOÖ, STV, USPI, VBO).

Mehrere Akteure schlagen vor, die Anforderung, dass die Massnahmen auch fort dauern müssen zu streichen; solche Massnahmen müssten später auch ersetzt werden können (SAB; Baumeister, CP, IG-LR, NOB, RKOÖ, USPI, VBO).

Artikel 34a Absatz 3, Bauten und Anlagen zur Energiegewinnung aus Biomasse

Allgemeines

Mehrere Teilnehmende fordern Anpassungen von Artikel 34a Absatz 1^{bis} RPV, um Einschränkungen bei der Energiegewinnung aus Biomasse zu lockern. Es wird die Streichung von Buchstabe a (teilweise auch b) verlangt, um Neubauten zu ermöglichen (AI, GL, NW, UR, VS; SAB; SBV; aeesuisse,

AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, InfraWatt, JardinSuisse, MS, Ökostrom, POWERLOOP, RKGK, RKOÖ, SBLV, SGBV, SMP, SGP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VBO, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV). Vorschläge umfassen u. a.: Erweiterungen im Hofbereich bis 100 m² bzw. bei Nachweis des Mehrbedarfs auch um mehr als 100 m² (BE; RKE), Aufnahme der Wärmespeicherung als zulässiger Grund für den Bedarf einer Baute (GH, Swissolar), Lockerung der Herkunftsbeschränkung der Biomasse aus einem Umkreis von 15 km (IG-LR).

Absatz 3

Verschiedene Teilnehmende begrüßen die Streichung, dass sich die Anlage dem Landwirtschaftsbetrieb unterordnen müsse (BE; SBV; aeesuisse, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, KOLAS, LDK, MS, Ökostrom, RKE, SBLV, Schweizer AG, SGBV, SGP, SMP, SOV, suisselemio, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Verschiedene Teilnehmende lehnen die vorgesehene Streichung mit Blick auf den Trennungsgrundsatz ab (AG, JU, SZ, TG; EspaceSuisse, SCNAT). Im Nichtbaugebiet sollen keine industriellen Betriebe entstehen (SPS; BirdLife, BSLA, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

ZH beantragt, Absatz 3 unverändert zu lassen oder so anzupassen, dass die gesamte Anlage Teil eines zonenkonformen Landwirtschaftsbetriebs ist und erneuerbare Energien effizient nutzt.

Artikel 38a, Vorrang der Landwirtschaft in der Landwirtschaftszone

Allgemeines

Verschiedene Teilnehmende begrüßen die Bestimmung (NE, VD, SG; SVP; BirdLife, BPK, FFW, FSU, GVBF, Heimatschutz-CH, IRAP, Landschaftsinitiative, Nesslau oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, RKBM, ROREP, RWU, SIA, SL-FP, SVU-ASEP, Toggenburg, VCS, VSGP, Wattwil, Worb). Gemäss HEV werden angemessene Richtlinien zur Umsetzung neuer Kompetenzen durch die zuständigen Behörden geschaffen.

Der SVIL fordert, die volle Zonenkonformität der Landwirtschaft in der Landwirtschaftszone klarzustellen; Einschränkungen zugunsten anderer Nutzungen sollen nur mit Entschädigung und Ersatz erfolgen können.

Es werden folgende Präzisierungen vorgeschlagen:

- Es müssen konkrete Kriterien festzulegen werden, wie bei einem allfälligen Vorrang der Landwirtschaft eine Verminderung des Mindestabstandes festgelegt respektive berechnet werden soll (AG);
- Beim generellen Vorrang der Landwirtschaft (Art. 16 Abs. 4 RPG) muss sichergestellt sein, dass dieser bei allen Planungsentscheiden innerhalb der Landwirtschaftszone berücksichtigt wird (SVP; SBV; Agora, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, GVBF, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSGP, VSKP, WLK, ZBB, ZBV). Dies gilt insbesondere auch bei Umnutzungen nach Artikel 8c Absatz 2 RPG, wo nach GVBF und VSGP der Wohnraumbedarf für landwirtschaftliche Angestellte Vorrang haben soll;

- Es wird verlangt, dass die Ernährungssicherung und die Lebensmittelproduktion in den Interessenabwägungen als nationales öffentliches Interesse gelten (SVP; SBV; Agora, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSKP, WLK, ZBB, ZBV);
- Wenn Ein- und Umzonungen, die zu einem höheren umweltrechtlichen Schutzbedarf und folglich zu Einschränkungen der Nutzung oder Tätigkeit nahegelegener Landwirtschaftsbetriebe führen können, ist die nur möglich, wenn für das betreffende Gebiet eine Zone nach Artikel 15 Absatz 4bis RPG ausgeschieden wird. Wenn keine solche Geruchsüberlagerungszone ausgeschieden wird und die Grenzwerte für Immissionen nicht eingehalten werden können, darf die Ein- oder Umzonung nicht vorgenommen werden (SBV; Agora, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSKP, WLK, ZBB, ZBV);
- Es muss definiert werden, wann der Geruch übermässig ist (SBV; Agora, AgriGenève, ASR, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSKP, WLK, ZBB, ZBV);
- SBS und STV fordern, das Vorrangprinzip für Landwirtschaft gegenüber anderen Nutzungen zu präzisieren und klarzustellen, dass touristische Nutzungen zulässig sind, sofern sie die Existenzgrundlage des betroffenen landwirtschaftlichen Betriebs nicht beeinträchtigen.
- JardinSuisse verlangt eine konsequente Gleichstellung des produzierenden Gartenbaus mit der Landwirtschaft.

Es ist klarzustellen, dass im Bereich des Vorrangs der Landwirtschaft Geruchs- und Lärmimmissionen aus der Landwirtschaft grundsätzlich zu dulden sind. Dementsprechend soll die Landwirtschaftszone analog zur Industriezone nicht als bewohnte Zone gelten. Eine übermässige Belastung soll bei 30% Geruchsstunden pro Jahr (Faktor 2 der Mischzone) angenommen werden (SVP; SBV; Agora, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 1

Verschiedene Kantone erachten die Formulierung der Generalklausel in Absatz als nicht sinnvoll (BL, SG, TG, UR).

Mehrere Kantone betonen, dass Umwelt- und Gesundheitsschutz auch in der Landwirtschaftszone gewährleistet bleiben müssen und daher keine Reduktion von Mindestabständen zulässig ist (BL, BS, FR, SG, TG, UR).

Unklar ist, ob Erleichterungen nach Artikel 38a Absatz 1 RPV begrenzt sind; der Alarmwert für Lärmimmissionen nach Artikel 17 Absatz 2 USG darf auch bei gewährten Erleichterungen nicht überschritten werden (SG).

Die lärmschutzrechtlichen Grundlagen (Art. 25 USG, Art. 7 LSV, Art. 8 LSV, Art. 14 LSV) sehen mit dem bestehenden Wortlaut keine Erleichterungsmöglichkeit vor. Es besteht somit kein Spielraum für Erleichterungen. Die angedachte Revision der RPV steht mit ihrem Wortlaut somit im Widerspruch mit dem Lärmschutzrecht aus USG und LSV (LU).

Absatz 2

Die Bestimmung wird begrüsst (OW; EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI).

Absatz 2 ist viel zu vage und führt zu zahlreichen Gerichtsfällen. Daher gilt es festzulegen, wann der Vorrang in jedem Fall gilt (SBV; Agora, AgriGenève, ASR, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, SBLV, HOS, JardinSuisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 2 soll um den Fall ergänzt werden, in dem die Interessenabwägung für eine landwirtschaftliche Baute oder Anlage einen Standort nahe einer bestehenden nichtlandwirtschaftlichen Wohnnutzung ergibt (NE, SH, TG; KOLAS, LDK, suisselemio).

Bei wesentlichen Änderungen von Anlagen gemäss Artikel 2 Absatz 4 LRV dürfen keine neuen oder zusätzlichen schädlichen oder lästigen Geruchseinwirkungen über das bisher tolerierte Mass hinaus entstehen (BL, BS).

Absatz 3

Die Bestimmung wird begrüsst (EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI).

Die Bestimmung ist zu streichen (AI, AR, BE, BL, BS, GE, GL, GR, NW, SG, TG, UR, VD, VS; Nesslau, RKGK, Toggenburg, Wattwil).

Die Bestimmung wirft Bedenken auf, da sie Privatpersonen erlauben könnte, durch einfache Vereinbarung von öffentlich-rechtlichen Gesundheitsschutzvorschriften abzuweichen; unklar bleibt, auf welche Fälle sich dies beziehen würde (FR).

Es sind die Folgen bei Mieterwechsel und für die Rechtsnachfolger zu klären; unklar bleibt, was passiert, wenn diese die Erleichterungen ablehnen (GE, LU; EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI).

Verschiedene Teilnehmende verlangen eine Anmerkung der Zustimmung ist im Grundbuch (LU, OW, SZ, TG; EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI).

Absatz 4

Allgemeines

Mehrere Kantone und Teilnehmende beantragen die Streichung von Absatz 4 (NW, VD, ZG; Nesslau, Toggenburg, Wattwil); stattdessen soll eine Anpassung des Umweltrechts geprüft werden (AI, GL, GR, NW, VS; RKGK).

Buchstabe a

Mehrere Kantone kritisieren, dass die Anforderung nur auf nichtlandwirtschaftliche Nutzungen beschränkt ist. Bei Klagen sei auch die Rechtmässigkeit der landwirtschaftlichen Nutzung zu überprüfen (BE, BL, BS, TG, UR).

Absatz 5

Die Bestimmung wird begrüsst (BL; EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI).

Die Bestimmung ist zu streichen (AI, GL, GR, NW, VD, VS, UR, ZG; SAB, SGV; GPMVR, Hotellerie-Suisse, Nesslau, NOB, RKGK, RKOOG Toggenburg, Wattwil). Zumindest ist es unerlässlich, den letzten Satz zu streichen (AI, GL, GR, NW, VS, UR; CP, RKGK, VBO).

TG fordert eine Überarbeitung der Bestimmung: Es müsse klar definiert werden, wann die Schwelle des „höheren umweltrechtlichen Schutzbedarfs“ erreicht ist. Zudem sei die Regelung, wonach die Baubewilligung entfällt, rechtlich fragwürdig, da ein solcher Wegfall ohne behördliche Überprüfung weder justiziabel noch verfassungskonform sei.

Artikel 39 Absätze 1 und 3, Landschaftsprägende Bauten

Die Änderung wird von zahlreichen Umwelt- und Naturschutzorganisationen begrüsst (BirdLife, FFW, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, SVU). Positiv hervorgehoben wird insbesondere, dass auch die Umgebung eines Gebäudes in der Bewertung berücksichtigt werden muss, wodurch die Verbindung zwischen Bauwerk und Umfeld gestärkt wird (EKD, ENHK, EspaceSuisse).

Artikel 42 Absatz 3 Buchstabe a und Absätze 4 und 5, Änderung altrechtlicher Bauten und Anlagen

Allgemeines

Die Bestimmung wird begrüsst (SVP; BPK, FSU, IG-LR, IRAP, ROREP, SIA, Mitte Muri, Worb).

Die massvolle Erweiterung der Wohnnutzung innerhalb des bestehenden Gebäudevolumens ist insbesondere für landwirtschaftliche altrechtliche Bauten sinnvoll. Für die zonenwidrigen Bauten nimmt das Konfliktpotenzial zu und würde die landwirtschaftliche Tätigkeit gefährden. Umso wichtiger ist es, den Vorrang der Landwirtschaft in der Landwirtschaftszone wirksam zu regulieren (SBV; Agora, Agri-Genève, ASR, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, Jardin-Suisse, MS, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Verschiedene Teilnehmende kritisieren, dass der vorgesehene Spielraum für die Erweiterung von Wohnflächen in altrechtlichen Bauernhäusern zu klein sei und insbesondere Mehrgenerationenhaus-halte stark einschränke. Zahlenmässige Limits seien angesichts der Vielfalt bestehender Bauernhäuser nicht sinnvoll; Nutzungsänderungen sollten primär möglich sein, wenn kein neues Kulturland beansprucht wird und keine weiteren Interessen betroffen sind (AR; Agora, BBK, CAJB, CNAV, IG-SBSN, Nessler, Schwand, Toggenburg, UFS, VSLG, Wattwil, WLK).

Absatz 3

Buchstabe a

OW begrüsst es, dass der Bundesrat 100 m² als eine angemessene Fläche für eine zeitgemässe Erstwohnung erachtet.

Verschiedene Teilnehmende verlangen, auf die vorgeschlagene Änderung zu verzichten (BL, SZ, TG, ZG, ZH; SPS; BVR, EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI, oeku, SCNAT).

BE, SZ und VD verlangen, dass die Einschränkung auf landwirtschaftliche Wohnungen aufgehoben wird; das Ausbaupotenzial soll nicht auf altrechtliche landwirtschaftliche Wohnbauten begrenzt werden.

Es bestehen erhebliche Zweifel, ob es genügend Anwendungsfälle für die vorgeschlagene Änderung gibt (EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI, Strauss).

Es wird erwartet, dass für die Umwandlung von Landwirtschaftsbauten in Wohnraum klare und strenge Vorschriften nach anerkannten Qualitätskriterien erlassen werden, die den übergeordneten Zielen entsprechen (BirdLife, BSLA, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, MW, Pro Natura-BE, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

Absatz 4

Die Anpassung wird begrüsst (EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI). Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass bei Abbruch und Wiederaufbau das bestehende Gebäudevolumen entfällt, sodass eine Erweiterung innerhalb des bestehenden Volumens nicht möglich ist.

Artikel 42a Absatz 1, Änderung neurechtlicher landwirtschaftlicher Wohnbauten

Die Bestimmung wird befürwortet (NE, OW; BPK, FSU, HEV, IRAP, KOLAS, LDK, ROREP, SIA, suissemelio, Worb).

Artikel 42b Absätze 1, 2 und 6^{bis}, Hobbymässige Tierhaltung

Allgemeines

Die Bestimmung wird von mehreren Teilnehmenden befürwortet (NE; BPK, FSU, IRAP, KOLAS, LDK, ROREP, SIA, suissemelio; Worb).

Absatz 1

Pferde und hobbymässige Nutztiere sollten nicht unter diese Bestimmung fallen; für sie gelten anderer Regeln (SBV; Agora, AgriGenève, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BVAG, BVAR, CAJB, CNAV, GalloSuisse, GLBV, HOS, JardinSuisse, MS, Prométerre, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Suisseporcs, SVZ, Swiss Beef, swissherdbook, VLS-AAES, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 6^{bis}

Die Bestimmung wird begrüsst (BE), bedarf jedoch Klarstellungen: Der Wiederaufbau soll präzisiert werden, z. B. «im gleichen Umfang» (BE, JU, LU, OW, SZ; EspaceSuisse, EspaceSuisse-TI, SCNAT). Zudem soll klargestellt werden, dass Kleintierställe aus Tierschutzgründen vergrössert werden dürfen (AR).

Artikel 43 Absätze 4-6, Altrechtliche gewerbliche Bauten und Anlagen

Allgemeines

Die neuen Bestimmungen sind grundsätzlich angemessen, bedürfen aber einer Präzisierung (BPK, FSU, SIA).

Die SPS weist darauf hin, dass diese Bestimmungen zur Folge haben können, dass Nutzungen ausserhalb der Bauzonen stark zunehmen. BPK, FSU und SIA befürchten, dass durch die neuen Bestimmungen Aparthotels ausserhalb der Bauzonen begünstigt werden (BPK, FSU, SIA).

Nach GastroSuisse schränken die Vorschriften die durch das Gesetz eingeräumten Möglichkeiten übermässig ein und behindern die notwendigen Betriebsumstrukturierungen, um die Beherbergungsbetriebe an moderne Anforderungen anzupassen.

Aus Gründen der Klarheit sollte der Stichtag 1. Januar 1980 in die Bestimmung aufgenommen werden (BE, SZ, ZH).

Die Kosten der Abbruchpflicht sollten abgesichert sein, und das kantonale Recht muss die Zuständigkeit sowie das Verfahren für eine Ersatzvollstreckung regeln und festlegen, in welchem Umfang Si-

cherheiten zur Deckung der Kosten zu leisten sind (SPS; BirdLife, FFW, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

Wesentliche Erweiterungen von Verkehrsinfrastrukturen müssen vermieden werden und es sind Anforderungen an die landschaftliche Integration festzulegen. Die Möglichkeit, Abbruchprämien zu verlangen, muss ausgeschlossen werden; die Rückbaukosten müssen von der Grundeigentümerschaft getragen werden (IRL).

Absatz 5

Die Bestimmungen werden begrüsst (OW; BirdLife, BSLA, FFW, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, VCS, PUSCH, SL-FP, WWF). Auch das Konzept der maximalen Bettenzahl wird begrüsst, jedoch nicht in der vorgeschlagenen Höhe (SPS; BirdLife, FFW, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, SL-FP, VCS, WWF).

Der Grenzwert von 100 Betten wird als zu restriktiv kritisiert und sollte gestrichen werden. Verschiedene Teilnehmende betonen, dass die Hotelgrösse eine unternehmerische Entscheidung sein sollte, die Entwicklungsmöglichkeiten nicht unnötig eingeschränkt werden dürfen und Flexibilität für moderne Anforderungen nötig ist (FR, NW, OW, UR, VD, VS; SAB; economiesuisse, sgV; Baumeister, CP, Gastrosuisse, GPMVR, Hotelleriesuisse, IG-LR, NOB, RKGK, RKOÖ, SBS; STV, USPI, VBO). Es sollen auch volumetrische Beschränkungen gestrichen werden (sgV; Baumeister, Gastrosuisse, IG-LR, RKOÖ, SBS).

Der Grenzwert von 100 Betten wird als zu hoch kritisiert, da Schweizer Hotels im Durchschnitt 33 Betten haben. Es wird vorgeschlagen, nur eine Erhöhung auf 90 Betten (SPS) bzw. um maximal 30 % der bestehenden Bettenzahl zuzulassen (BirdLife, BSLA, EspaceSuisse, FFW, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura ZH, PUSCH, SCNAT, SIA, SL-FP, VCS, WWF).

Es ist klarzustellen, dass neben Volumen- und Flächenkompensation auch die betrieblichen Bedürfnisse, die Landschaftseinbindung, die Gestaltungsqualität sowie die Wirksamkeit der kompensatorischen Rückbauten und der Umfang der Aufwertungsmassnahmen zu berücksichtigen sind (BirdLife, BSLA, FFW, FSU, Heimatschutz CH, Landschaftsinitiative, oeku, PUSCH, SCNAT, SIA, SL-FP, VCS, WWF).

Es ist klarzustellen, dass die Anzahl touristisch bewirtschafteter Zweitwohnungen nicht erhöht werden darf (BPK, FSU, SIA).

Die Bestimmung sollte nicht nur auf „Hotelbetriebe“, sondern generell auf „Gast- und Beherbergungsbetriebe“ anwendbar sein (BE; SBS, STV).

GE verlangt, dass in die Bestimmung auch die Neuschaffung von Parkplätzen aufgenommen wird.

Absatz 6

Es ist klarzustellen, was genau rückzubauen ist (AR, BE, SG, ZH). BE verlangt, dass sich der Rückbau nur auf die aufgrund der Absätze 4 und 5 errichteten Gebäude oder Gebäudeteile bezieht und nicht auf den gesamten Betrieb (BE, EspaceSuisse). Nach ZH soll der Rückbau für den gesamten Betrieb gelten und nicht nur für einen neu gebauten Teil.

Es muss klargestellt sein, dass die Abbruchkosten von den jeweiligen Eigentümern getragen werden müssen (BPK, FSU, SCNAT, SIA).

Es muss klargestellt werden, dass Gebäude, die unter Schutz stehen oder schutzwürdig sind (Inventar, Schutzzone) nicht abgebrochen werden dürfen (SCNAT).

Artikel 43a Absatz 2, Gemeinsame Bestimmungen

Die Bestimmung wird von verschiedenen Teilnehmenden begrüsst (NE, OW; KOLAS, LDK, suisse-melio).

Nach ZH soll eine Bewilligung für eine energetische Sanierung auch ohne überwiegendes öffentliches Interesse möglich sein, solange keine überwiegenden öffentlichen Interessen dagegensprechen. EspaceSuisse und EspaceSuisse-TI begrüssen den Nachweis eines «überwiegenden öffentlichen Interesses», weil damit sichergestellt wird, dass im Einzelfall eine umfassende Interessenabwägung stattfindet.

Artikel 43b, Anforderungen an das kantonale Recht

Allgemeines

Die Regelungen werden grundsätzlich begrüsst (AG; BirdLife, BPK, FFW, FSU, Heimatschutz-CH, HEV, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, ROEP, SL, VCS, WWF).

Auf die Regelungen ist zu verzichten (OW, SVP; SAB; SBV; AgriGeneve, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Braunvieh, BSLA, BVAG, BVAR, CP, GalloSuisse, GLBV, GPMVR, HOS, KOLAS, LDK, MS, NOB, Nessler, Prométerre, RKE, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Strauss, SVZ, suisse-melio, Suisseporcs, Swiss Beef, swissherdbook, Toggenburg, UFS, USPI, VBO, VLS, VSKP, Wattwil, WLK, ZBB, ZBV). Sie führen zu einer Verschärfung, die abgelehnt wird (SVP).

Der Bund soll die Kosten für die notwendige zusätzlichen Ressourcen ganz (TI) oder teilweise (JU, NW, OW, UR) übernehmen. Ansonsten ist Absatz 2 zu streichen (NW, UR).

Absatz 1

Buchstabe a

Vor dem Hintergrund der klaren gesetzlichen Verpflichtung erscheint die Festsetzung einer Frist sachgerecht (BE, SH; BPUK, EspaceSuisse). Es muss jedoch im Einzelfall möglich bleiben, der Verhältnismässigkeit Rechnung zu tragen (BE, SH; BPUK, EspaceSuisse). Es ist zu ergänzen: «in der Regel innert 30 Tagen» (AG, AR, BE, SH, SZ, ZH; SP; BirdLife, BPUK, EspaceSuisse, FFW, Heimatschutz-CH, HEV, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, VCS, WWF) bzw. die Kantone sollen bei besonderen Umständen auch längere Fristen verfügen können (OW).

Verschiedene Teilnehmende verlangen, dass im kantonalen Recht festgelegt werden soll, dass das Beschwerdeverfahren gegen solche Nutzungsverbote keine aufschiebende Wirkung hat (AG, BE, SG; EspaceSuisse).

BE verlangt eine allfällige Anpassung der Bestimmung, so dass neben einer Maximalfrist für den Vollzug durch den Betroffenen eine weitere Frist für die Durchsetzung durch die Behörde vorgesehen werden kann.

Buchstabe b

Die Bestimmung sollte unbedingt beibehalten werden, auch wenn die Umsetzung in einigen Kantonen nicht einfach sein dürfte (EspaceSuisse).

Diese Bestimmung ist zu präzisieren (SG) bzw. zu streichen (VD) bzw. integral zu überarbeiten (TG). Es ist nicht zweckmässig, bereits vor Erlass der (vorgesehenen, umfassenden) Verfügung Offerten für die ersatzvornahmeweise Wiederherstellung einzuholen (SG, TG, VD). Nach Rechtskraft der Wiederherstellungsverfügung könnte nochmals eine kurze Fristansetzung vorgeschrieben werden (SG).

Die 30 Tage würden ab Rechtskraft und nicht nach Eröffnung der Verfügung gelten (ZG).

Buchstabe c

Diese Bestimmung wird begrüsst (VD; EspaceSuisse, BirdLife, BVR, Landschaftsinitiative). Sie ist als direkt anwendbare Bundesregelung auszugestalten (AG, AR, BE, LU, SZ; EspaceSuisse).

Diese Bestimmung ist zu streichen (SBS).

Diese Bestimmung ist zu präzisieren (SG) bzw. zu klären (TG). Eine summarische Prüfung reicht nicht (BirdLife, BSLA, FFW, Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, SVU, VCS, WWF).

Absatz 2

Die Bestimmung wird begrüsst (EspaceSuisse). Sie ist imperativer auszugestalten (BPK, FSU, ROREP, SL) bzw. sie soll sich auch auf die Aufgaben nach Absatz 2 (SP; BirdLife, FFW, Heimatschutz-CH, oeku, Pro Natura-BE, Pro Natura-BS, Pro Natura-GL, Pro Natura-JU, Pro Natura-LU, Pro Natura-NE, Pro Natura-SH, Pro Natura-VD, Pro Natura-ZH, PUSCH, VCS, WWF) bzw. Absätze 4 und 5 (BPK, BSLA, FSU, ROREP, SL) von Artikel 25 RPG beziehen.

Artikel 43c, Subsidiäre Frist und Begründungslast

Allgemeines

Zu dieser Bestimmung wird ausdrücklich keine Änderung verlangt (Heimatschutz-CH, Landschaftsinitiative, VCS). Sie wird begrüsst (BPK, EspaceSuisse, FSU, ROREP, SL).

Auf diese Bestimmung ist zu verzichten (SAB; SBV; AgriGeneve, ASR, Aviforum, BEBV, Bell, Brauvieh, BVAG, BVAR, CP, GalloSuisse, GLBV, HOS, MS, NOB, Prométerre, RKE, SBLV, SGBV, SGP, SMP, SOV, Strauss, SVZ, Suisseporcs, Swiss Beef, swissherdbook, UFS, USPI, VBO, VLS, VSKP, WLK, ZBB, ZBV).

Absatz 1

Absatz 1 ist zu streichen (AI, GL, GR, NW; RKGK, SBS). Es ist unmöglich, eine Anordnung zur Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands innerhalb von 180 Tagen zu vollstrecken, wenn diese zu Beginn der Wintersaison für eine Baute ab einer bestimmten Höhe ausgesprochen wird (AI, GL, GR; RKGK). Es muss eine an die Umstände des Einzelfalls angepasste Rechtsanwendung ermöglicht werden (AI, GL, GR, TI, VD; KOLAS; LDK, RKGK, suisse-melié).

Absatz 2

JU und Axpo begrüssen die Bestimmung.

BS und SG verlangen die Streichung der Bestimmung.

Artikel 52b, Übergangsbestimmungen zur Änderung vom ...

Absatz 1

Nach SG ist unklar, wann die Unterlagen eingereicht werden können, insbesondere ob dies auch ausserhalb eines laufenden Verfahrens möglich sein soll.

AG, BE und FR weisen darauf hin, dass die vorgesehene Regelung zusätzlichen Verwaltungsaufwand erzeugt und bei widersprüchlichen Angaben zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führen könnte. Die Datenerhebung fällt primär in die Zuständigkeit der öffentlichen Behörden, weshalb die Bestimmung gestrichen werden sollte.

Nur bei Unklarheiten im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens müssen Eigentümer dem Kanton Unterlagen vorlegen, aus denen hervorgeht, welches der Zustand bestehender Gebäude und Flächen am 29. September 2023 war (BE, ZH).

Absatz 2

AG verlangt, dass die Bestimmung gestrichen oder so angepasst wird, dass nur der Bund der Archivierungspflicht unterliegt, nicht die Kantone und Gemeinden (AG).

Laut BE und TG regelt das Geoinformationsgesetz die Archivierung bereits ausreichend, und es ist nicht nachvollziehbar, warum Kantone und Gemeinden diese Daten zusätzlich sammeln sollten.

Absatz 3

BSLA verlangt, dass bei Nichteinhaltung der Fristen der betroffene Kanton angehört wird, bevor er im Sinne der Bestimmung bezeichnet wird.

2.2. Geoinformationsverordnung

Nach VD erfordert das Monitoring der Stabilisierungsziele keine zusätzlichen Geodaten im Katalog (VD).

3. Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden

3.1. Kantone

Kanton Aargau (AG)
Kanton Appenzell Ausserrhoden (AR)
Kanton Appenzell Innerrhoden (AI)
Kanton Bern (BE)
Kanton Basel-Landschaft (BL)
Kanton Basel-Stadt (BS)
Canton de Fribourg (FR)
Canton de Genève (GE)
Kanton Glarus (GL)
Kanton Graubünden (GR)
Canton du Jura (JU)
Kanton Luzern (LU)
Canton de Neuchâtel (NE)
Kanton Nidwalden (NW)
Kanton Obwalden (OW)
Kanton St. Gallen (SG)
Kanton Schaffhausen (SH)
Kanton Schwyz (SZ)
Kanton Solothurn (SO)
Kanton Thurgau (TG)
Cantone Ticino (TI)
Kanton Uri (UR)

Canton du Valais (VS)
Canton de Vaud (VD)
Kanton Zug (ZG)
Kanton Zürich (ZH)
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) Conferenza dei Governi cantonali (CdC)

3.2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro
Eidgenössisch-Demokratische Union EDU Union Démocratique Fédérale UDF Unione Democratica Federale UDF
Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV
FDP. Die Liberalen (FDP) PLR. Les Libéraux-Radicaux (PLR) PLR.I Liberali Radicali (PLR)
GRÜNE Schweiz Les VERT-E-S suisses I VERDI svizzera
Grünliberale Partei Schweiz glp Parti vert'libéral Suisse pvl Partito verde liberale svizzero pvl
Lega dei Ticinesi (Lega)
Mouvement Citoyens Genevois MCG
Schweizerische Volkspartei (SVP) Union Démocratique du Centre (UDC) Unione Democratica di Centro (UDC)

Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) Parti socialiste suisse (PSS) Partito socialista svizzero (PSS)
--

3.3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Schweizerischer Gemeindeverband (SGV) Association des Communes Suisses (ACS) Associazione dei Comuni Svizzeri (ACS)
Schweizerischer Städteverband (SSV) Union des villes suisses (UVS) Unione delle città svizzere (UCS)
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) Groupement suisse pour les régions de montagne (SAB) Gruppo svizzero per le regioni di montagna (SAB)

3.4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation
Schweizerischer Gewerbeverband (sgv) Union suisse des arts et métiers (usam) Unione svizzera delle arti e mestieri (usam)
Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV) Union patronale suisse (UPS) Unione svizzera degli imprenditori (USI)
Schweizer Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)
Schweizerische Bankiervereinigung Association suisse des banquiers Associazione svizzera dei banchieri Swiss Bankers Association
Schweiz. Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse Unione sindacale svizzera

Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio
--

Travail.Suisse

3.5. Eidgenössische Gerichte

Bundesgericht Tribunal fédéral Tribunale federale

3.6. Weitere interessierte Kreise und Organisationen

Aargauer Heimatschutz (Heimatschutz-AG)

aeesuisse Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz Association faîtière de l'économie des énergies renouve- lables et de l'efficacité énergétique
--

Agora Association des groupements et organisations romands de l'agriculture

AgriGenève

Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) Académie suisse des sciences naturelles (SCNAT) Accademia svizzera di scienze naturali (SCNAT)

Alliance Patrimoine (AP)

Alpiq AG (Alpiq)

Amt für Hochbau und Raumplanung, Fürstentum Liechtenstein (AHR FL)
Arbeitsgemeinschaft Schweizer Rinderzüchter (ASR)
Arbeitskreis Denkmalpflege (AKD) Groupe de travail protection du patrimoine (GTP) Gruppo di lavoro protezione del patrimonio (GLPA)
Archäologie Schweiz (AS) Archéologie Suisse (AS) Archeologia Svizzera (AS)
ASUT Schweizerischer Verband der Telekommunikation Association Suisse des Télécommunications
Aviforum
Axpo Services AG (Axpo)
bauenschweiz constructionsuisse costruionesvizzera
Bauernverband Aargau (BVAG)
Bauernverband Appenzell Ausserrhoden (BVAR)
Bell Schweiz AG (Bell)
Berner Bauernverband (BEBV)
Bernisches Bäuerliches Komitee (BBK)

Biomasse Suisse (BiomasseSuisse)
BirdLife Schweiz/Suisse/Svizzera (BirdLife)
BKW Energie AG (BKW)
Braunvieh Schweiz (Braunvieh) Braunvieh Suisse (Braunvieh) Braunvieh Svizzera (Braunvieh)
Bund Schweizer Landschaftsarchitekten und Landschaftsarchitektinnen (BSLA) Fédération Suisse des Architectes Paysagistes (FSAP) Federazione Svizzera Architetti Paesaggisti (FSAP)
Bündner Planerkreis (BPK)
Bündner Vereinigung für Raumentwicklung (BVR)
Casafair
Centre Patronal (CP)
Chambre d'agriculture du Jura-Bernois (CABJ)
Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture (CNAV)
Domus Antiqua Helvetica (DAH)

Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission/Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (ENHK/EKD) Commission fédérale pour la protection de la nature et du paysage/Commission fédérale des monuments historiques (CFNP/CFMH) Commissione federale per la protezione della natura e del paesaggio/Commissione federale dei monumenti storici (CFNP/CFMS)
Energie 360° AG (energie360)
EspaceSuisse Verband für Raumplanung Association pour l'aménagement du territoire Associazione per la pianificazione del territorio
EspaceSuisse, Gruppo regionale Ticino (EspaceSuisse-TI)
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz)
Fachverband Schweizer Raumplanerinnen und Raumplaner (FSU) Fédération suisse des urbanistes (FSU) Federazione svizzera degli urbanisti (FSU)
Fédération romande immobilière (FRI)
Flughafen Zürich AG (FZH)
Fondation Franz Weber und Helvetia Nostra (FFW)
GalloSuisse Vereinigung der Schweizer Eierproduzenten Association des producteurs d'oeufs suisse
GastroSuisse

Gebäudehülle Schweiz (GH) Enveloppe des bâtiments Suisse (EBS) Involucro edilizio Svizzera (IES)
Gemeinde Nessler, Gemeinderat (Nessler)
Gemeinde Wattwil, Gemeinderat (Wattwil)
Gemeinde Worb, Gemeinderat (Worb)
Gemüseproduzenten-Vereinigung der Kantone Bern und Freiburg (GVBF)
Genève Aéroport (GA)
Genossenschaft swissherdbook Zollikofen (swissherdbook)
Glarner Bauernverband (GLBV)
Glarner Heimatschutz (Heimatschutz-GL)
Groupement de la population de montagne du Valais Ro- mand (GPMVR)
Hauseigentümerverband Schweiz (HEV) Association Suisse des Propriétaires Foncières (ASPF) Associazione Svizzera dei Proprietari Fondiari (ASPF)
Heimatschutz Basel (Heimatschutz-BS)

Heimatschutz St. Gallen/Appenzell I.Rh. (Heimatschutz-SG-AI)
Heimatschutz Schaffhausen (Heimatschutz-SH)
Holstein Switzerland (HOS)
HotellerieSuisse
IG Stillgelegte Bauernhäuser sinnvoller nutzen (IG-SBSN)
InfraWatt Verein für die Energienutzung aus Abwasser, Abfall, Abwärme und Trinkwasser Association pour l'utilisation rationnelle de l'énergie des eaux usées, des déchets, des rejets de chaleur et de l'eau potable Associazione per la valorizzazione dell'energia prodotta dalle acque reflue, dai rifiuti, dal calore residuo e dall'acqua potabile
Insolight SA (Insolight)
Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung (IRL)
Institut für Raumentwicklung (IRAP)
Interessengemeinschaft Ländlicher Raum (IG-LR)
JardinSuisse Unternehmerverband Gärtner Schweiz Association Suisse des entreprises horticoles Associazione svizzera dei giardinieri

Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren (LDK) Conférence des directeurs cantonaux de l'agriculture (CDCA) Conferenza dei direttori cantonali dell'agricoltura (CDCA)
Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz (KOLAS) Conférence suisse des services de l'agriculture cantonaux (COSAC) Conferenza svizzera delle sezioni dell'agricoltura cantonali (COSAC)
Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger (KSD) Conférence suisse des conservatrices et conservateurs des monuments (CSCM) Conferenza svizzera delle soprintendenti e dei soprintendenti ai monumenti (CSSM)
Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäologinnen und Kantonsarchäologen (KSKA) Conférence suisse des archéologues cantonales et des archéologues cantonaux (CSAC) Conferenza svizzera delle archeologhe e degli archeologi cantonali (CSAC)
Landschaftsinitiative, Trägerverein «Ja zu mehr Natur, Landschaft und Baukultur» (Landschaftsinitiative) Initiative paysage, Association «Pour la nature, le paysage et le patrimoine bâti » (Initiative paysage) Iniziativa paesaggio, Associazione promotrice «Sì alla natura, al paesaggio e alla cultura della costruzione» (Iniziativa paesaggio)
Luzerner Bäuerinnen und Bauernverband (LBV)
metal.suisse
Mitte Bezirk Muri (Mitte Muri)
Mountain Wilderness (MW)
Mutterkuh Schweiz (MS) Vache mère Suisse (VMS) Vacca Madre Svizzera (VMS)

Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden (NOB)
NIKE Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe Centre national d'information sur le patrimoine culturel Centro nazionale d'informazione sul patrimonio culturale
oeku Kirchen für die Umwelt (oeku) oeco Eglises pour l'environnement (oeco)
Ökostrom Schweiz (Ökostrom)
Patrimoine suisse Genève (Patrimoine-GE)
Patrimoine suisse, section Valais romand (Patrimoine-VSR)
Patrimoine suisse, section vaudoise (Patrimoine-VD)
PLANAIR, Ingénieurs de la transition énergétique (Planair)
Planungsdachverband Region Zürich und Umgebung (RZU)
POWERLOOP (Powerloop) Schweizer Fachverband Association professionnelle suisse
pro Fribourg (PF)
Pro Natura Basel (Pro Natura-BS)
Pro Natura Bern (Pro Natura-BE)

Pro Natura Glarus (Pro Natura-GL)
Pro Natura Jura (Pro Natura-JU)
Pro Natura Luzern (Pro Natura-LU)
Pro Natura Neuchâtel (Pro Natura-NE)
Pro Natura Schaffhausen (Pro Natura-SH)
Pro Natura Vaud (Pro Natura-VD)
Pro Natura Zürich (Pro Natura-ZH)
Prométerre
Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) Conférence gouvernementale des cantons alpins (CGCA) Conferenza dei governi dei cantoni alpini (CGCA) Conferenza da las regenzas dals chantuns alpins
Region Toggenburg (Toggenburg)
Regiogrid Verband kantonaler und regionaler Energieversorger Association des distributeurs d'énergie cantonaux et régionaux Associazione dei distributori di energia cantonali e regionali
Regionalkonferenz Bern Mittelland (RKBM)
Regionalkonferenz Emmental (RKE)

Regionalkonferenz Oberland Ost (RKOÖ)
Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU)
Salt Mobile SA (Salt)
Schwand AG, Treuhand und Beratung (Schwand)
Schweizer AG, Umwelttechnik/Biogastechnik (Schweizer AG)
Schweizer Alpen-Club (SAC) Club Alpin Suisse (CAS) Club Alpino Svizzero (CAS)
Schweizer Geflügelproduzentenverband (SGP) Association Suisse des Producteurs de Volaille (ASPV)
Schweizer Heimatschutz (Heimatschutz-CH) Patrimoine suisse (Patrimoine-CH) Patrimonio svizzero (Patrimonio-CH)
Schweizer Milchproduzenten (SMP) Producteurs Suisses de Lait (PSL) Produttori Svizzeri di Latte (PSL)
Schweizer Obstverband (SOV) Fruit-Union Suisse (FUS) Associazione Svizzera Frutta (ASF)
Schweizer Tourismus-Verband (STV) Fédération suisse du tourisme (FST) Federazione svizzera del turismo (FST)
Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikerverband (suissetec) Association suisse et liechtensteinoise de la technique du bâtiment (suissetec) Associazione svizzera e del Liechtenstein della tecnica della costruzione (suissetec)

Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-konferenz (BPUK) Conférence suisse des directeurs cantonaux des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de l'environnement (DTAP) Conferenza svizzera dei direttori cantonali delle pubbliche costruzioni, della pianificazione e della protezione dell'ambiente (DCPA)
Schweizerische Studiengesellschaft für Raumordnung und Regionalpolitik (ROREP) Société Suisse d'études pour l'organisation de l'espace et la politique régionale (OEPR) Società Svizzera di studio per l'ordinamento territoriale e la politica regionale (OTPR)
Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft (SVIL)
Schweizerische Vogelwarte (Vogelwarte)
Schweizerischer Baumeisterverband (Baumeister) Société Suisse des Entrepreneurs (SSE) Società Svizzera degli Impresari-Costruttori (SSIC)
Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband (SBLV) Union suisse des paysannes et des femmes rurales (USPF) Unione svizzera delle donne contadine e rurali (USDCCR)
Schweizerischer Forstverein (SFV) Société forestière suisse (SFS) Società forestale svizzera (SFS)
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein (SIA) Société suisse des ingénieurs et des architectes (SIA) Società svizzera degli ingegneri e degli architetti (SIA)
Schweizerischer Verband der Immobilienwirtschaft (SVIT) Association Suisse de l'économie immobilière (SVIT) Associazione Svizzera dell'economia immobiliare (SVIT)
Schweizerischer Verband der Umweltfachleute (SVU) Association Suisse des professionnels de l'environnement (ASEP) Associazione Svizzera dei professionisti dell'ambiente

Schweizerischer Verband der Zuckerrübenpflanzer (SVZ) Fédération suisse des betteraviers (FSB)
Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband (SWV) Association suisse pour l'aménagement des eaux (ASAE) Associazione svizzera di economia delle acque (ASEA)
Seilbahnen Schweiz (SBS) Remontées Mécaniques Suisses (RMS) Funivie Svizzere (FS)
St. Galler Bauernverband (SGBV)
St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG (SAK)
Stadt Zürich, Hochbaudepartement (Zürich)
Solothurner Heimatschutz (Heimatschutz-SO)
Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL-FP) Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage (SL-FP) Fondazione svizzera per la tutela del paesaggio (SL-FP)
Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch (PUSCH) Fondation suisse pour la pratique environnementale Pusch (PUSCH) Fondazione svizzera per la pratica ambientale Pusch (PU-SCH)
Strauss Raumentwicklung (Strauss)
suissemelio Schweizerische Vereinigung für ländliche Entwicklung Association suisse pour le développement rural Associazione svizzera per lo sviluppo rurale
Suisseporcs Schweizerischer Schweinezucht- und Schweineproduzentenverband Fédération suisse des éleveurs et producteurs de porcs

Swiss Beef CH (Swiss Beef)
Swisscom (Schweiz) AG (Swisscom)
Swissolar Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie
Thermische Netze Schweiz (TNS) Réseaux Thermiques Suisse (RETS) Reti Termiche Svizzera (RETS)
Thurgauer Heimatschutz (Heimatschutz-TG)
Union suisse des professionnels de l'immobilier (USPI)
Umweltfreisinnige St. Gallen (UFS)
Verband der Schweizerischen Gasindustrie (VSG) Association suisse de l'industrie gazière (ASIG) Associazione svizzera dell'industria del gas (ASIG)
Verband Fernwärme Schweiz (VFS) Association suisse du chauffage à distance (ASCAD)
Verband Lohnunternehmer Schweiz (VLS) Association Agro-Entrepreneurs Suisse (AAES)
Verband Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP) Union maraîchère suisse (UMS) Unione svizzera dei produttori di verdura (USPV)
Verein zum Schutz des landwirtschaftlichen Grundeigentums (VSLG) Association pour la défense de la propriété rurale (ADPR)
Vereinigung Kantonalen Gebäudeversicherungen (VKG) Association des établissements cantonaux d'assurance (AECA) Associazione degli istituti cantonali di assicurazione (AICA)

Vereinigung Schweizerischer Kartoffelproduzenten (VSKP) Union Suisse des producteurs de pommes de terre (USPPT)
Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) Association transports et environnement (ATE) Associazione traffico e ambiente (ATA)
Ville de Lausanne, Municipalité (Lausanne)
Volkswirtschaft Berner Oberland (VBO)
Walliser Landwirtschaftskammer (WLK) Chambre valaisanne d'agriculture (CVA)
WWF Schweiz (WWF) WWF Suisse (WWF) WWF Svizzera (WWF)
Zentralschweizer Bauernbund (ZBB)
Zuger Heimatschutz (Heimatschutz-ZG)
Zürcher Bauernverband (ZBV)
Zürcher Heimatschutz (Heimatschutz-ZH)

4. Abkürzungsverzeichnis

Aeesuisse	Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz
AG	Kanton Aargau
Agora	Association des groupements et organisations romands de l'agriculture
AHR FL	Amt für Hochbau und Raumplanung, Fürstentum Liechtenstein
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AKD	Arbeitskreis Denkmalpflege
Alpiq	Alpiq AG
AP	Alliance Patrimoine
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
AS	Archäologie Schweiz
ASR	Arbeitsgemeinschaft Schweizer Rinderzüchter
ASUT	Schweizerischer Verband der Telekommunikation
Axpo	Axpo Services AG
Baumeister	Schweizerischer Baumeisterverband
BBK	Bernisches Bäuerliches Komitee
BE	Kanton Bern
BEBV	Berner Bauernverband
Bell	Bell Schweiz AG
BirdLife	BirdLife Schweiz/Suisse/Svizzera
BKW	BKW Energie AG
BL	Kanton Basel-Landschaft
BPK	Bündner Planerkreis
BPUK	Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz
Braunvieh	Braunvieh Schweiz
BS	Kanton Basel-Stadt
BSLA	Bund Schweizer Landschaftsarchitekten und Landschaftsarchitektinnen
BVAG	Bauernverband Aargau
BVAR	Bauernverband Appenzell Ausserrhoden
BVR	Bündner Vereinigung für Raumentwicklung
CABJ	Chambre d'agriculture du Jura-Bernois
CNAV	Chambre neuchâteloise d'agriculture et de viticulture
CP	Centre Patronal
DAH	Domus Antiqua Helvetica
economiesuisse	Verband der Schweizer Unternehmen

EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
energie360	Energie 360° AG
ENHK/EKD	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission/Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege
EspaceSuisse	Verband für Raumplanung
EspaceSuisse-TI	EspaceSuisse, Gruppo regionale Ticino
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
ewz	Elektrizitätswerk der Stadt Zürich
FDP	FDP. Die Liberalen
FFW	Fondation Franz Weber und Helvetia Nostra
FR	Canton de Fribourg
FRI	Fédération romande immobilière
FSU	Fachverband Schweizer Raumplanerinnen und Raumplaner
FZH	Flughafen Zürich AG
GA	Genève Aéroport
GalloSuisse	Vereinigung der Schweizer Eierproduzenten
GE	Canton de Genève
GH	Gebäudehülle Schweiz
GL	Kanton Glarus
GLBV	Glarner Bauernverband
glp	Grünliberale Partei Schweiz
GPMVR	Groupement de la population de montagne du Valais Romand
GR	Kanton Graubünden
GVBF	Gemüseproduzenten-Vereinigung der Kantone Bern und Freiburg
Heimatschutz-AG	Aargauer Heimatschutz
Heimatschutz-BS	Heimatschutz Basel
Heimatschutz-CH	Schweizer Heimatschutz
Heimatschutz-GL	Glarner Heimatschutz
Heimatschutz-SG-AI	Heimatschutz St. Gallen/Appenzell I.Rh.
Heimatschutz-SH	Heimatschutz Schaffhausen
Heimatschutz-SO	Solothurner Heimatschutz
Heimatschutz-TG	Thurgauer Heimatschutz
Heimatschutz-ZG	Zuger Heimatschutz
Heimatschutz-ZH	Zürcher Heimatschutz
HEV	Hauseigentümerverband Schweiz
HOS	Holstein Switzerland
IG-LR	Interessengemeinschaft Ländlicher Raum

IG-SBSN	IG Stillgelegte Bauernhäuser sinnvoller nutzen
InfraWatt	Verein für die Energienutzung aus Abwasser, Abfall, Abwärme und Trinkwasser
Insolight	Insolight SA
IRAP	Institut für Raumentwicklung
IRL	Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung
JardinSuisse	Unternehmerverband Gärtner Schweiz
JU	Canton du Jura
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen
KOLAS	Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz
KSD	Konferenz der Schweizer Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger
KSKA	Konferenz Schweizerischer Kantonsarchäologinnen und Kantonsarchäologen
Landschaftsinitiative	Landschaftsinitiative, Trägerverein «Ja zu mehr Natur, Landschaft und Baukultur»
Lausanne	Ville de Lausanne, Municipalité
LBV	Luzerner Bäuerinnen und Bauernverband
LDK	Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren
Lega	Lega dei Ticinesi
LU	Kanton Luzern
MCG	Mouvement Citoyens Genevois
Mitte Muri	Mitte Bezirk Muri
MS	Mutterkuh Schweiz
MW	Mountain Wilderness
NE	Canton de Neuchâtel
Nesslau	Gemeinde Nesslau, Gemeinderat
NIKE	Nationale Informationsstelle zum Kulturerbe
NOB	Netzwerk Oberwalliser Berggemeinden
NW	Kanton Nidwalden
oeku	oeku Kirchen für die Umwelt
Ökostrom	Ökostrom Schweiz
OW	Kanton Obwalden
Patrimoine-GE	Patrimoine suisse Genève
Patrimoine-VD	Patrimoine suisse, section vaudoise
Patrimoine-VSR	Patrimoine suisse, section Valais romand
PF	pro Fribourg
Planair	PLANAIR, Ingénieurs de la transition énergétique

POWERLOOP	Powerloop, Schweizer Fachverband
Pro Natura-BE	Pro Natura Bern
Pro Natura-BS	Pro Natura Basel
Pro Natura-GL	Pro Natura Glarus
Pro Natura-JU	Pro Natura Jura
Pro Natura-LU	Pro Natura Luzern
Pro Natura-NE	Pro Natura Neuchâtel
Pro Natura-SH	Pro Natura Schaffhausen
Pro Natura-VD	Pro Natura Vaud
Pro Natura-ZH	Pro Natura Zürich
PUSCH	Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch
Regiogrid	Verband kantonaler und regionaler Energieversorger
RKBM	Regionalkonferenz Bern Mittelland
RKE	Regionalkonferenz Emmental
RKGK	Regierungskonferenz der Gebirgskantone
RKOO	Regionalkonferenz Oberland Ost
ROREP	Schweizerische Studiengesellschaft für Raumordnung und Regionalpolitik
RWU	Regionalplanung Winterthur und Umgebung
RZU	Planungsdachverband Region Zürich und Umgebung
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
SAC	Schweizer Alpen-Club
SAK	St.Gallisch-Appenzellische Kraftwerke AG
Salt	Salt Mobile SA
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
SBLV	Schweizerischer Bäuerinnen- und Landfrauenverband
SBS	Seilbahnen Schweiz
SBV	Schweizer Bauernverband
Schwand	Schwand AG, Treuhand und Beratung
Schweizer AG	Schweizer AG, Umwelttechnik/Biogastechnik
SCNAT	Akademie der Naturwissenschaften Schweiz
SFV	Schweizerischer Forstverein
SG	Kanton St. Gallen
SGBV	St. Galler Bauernverband
SGP	Schweizer Geflügelproduzentenverband
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
sgv	Schweizerischer Gewerbeverband

SH	Kanton Schaffhausen
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
SL-FP	Stiftung Landschaftsschutz Schweiz
SMP	Schweizer Milchproduzenten
SO	Kanton Solothurn
SOV	Schweizer Obstverband
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SSV	Schweizerischer Städteverband
Strauss	Strauss Raumentwicklung
STV	Schweizer Tourismus-Verband
Suissemelio	Schweizerische Vereinigung für ländliche Entwicklung
Suisseporcs	Schweizerischer Schweinezucht- und Schweineproduzentenverband
suissetec	Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikerverband
SVIL	Schweizerische Vereinigung Industrie und Landwirtschaft
SVIT	Schweizerischer Verband der Immobilienwirtschaft
SVP	Schweizerische Volkspartei
SVU	Schweizerischer Verband der Umweltfachleute
SVZ	Schweizerischer Verband der Zuckerrübenpflanzer
Swiss Beef	Swiss Beef CH
Swisscom	Swisscom (Schweiz) AG
swissherdbook	Genossenschaft swissherdbook Zollikofen
Swissolar	Schweizerischer Fachverband für Sonnenenergie
SWV	Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband
SZ	Kanton Schwyz
TG	Kanton Thurgau
TI	Cantone Ticino
TNS	Thermische Netze Schweiz
Toggenburg	Region Toggenburg
UFS	Umweltfreisinnige St. Gallen
UR	Kanton Uri
USPI	Union suisse des professionnels de l'immobilier
VBO	Volkswirtschaft Berner Oberland
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
VD	Canton de Vaud
VFS	Verband Fernwärme Schweiz
VKG	Vereinigung Kantonalen Gebäudeversicherungen

VLS	Verband Lohnunternehmer Schweiz
Vogelwarte	Schweizerische Vogelwarte
VS	Canton du Valais
VSG	Verband der Schweizerischen Gasindustrie
VSGP	Verband Schweizer Gemüseproduzenten
VSKP	Vereinigung Schweizerischer Kartoffelproduzenten
VSLG	Verein zum Schutz des landwirtschaftlichen Grundeigentums
Wattwil	Gemeinde Wattwil, Gemeinderat
WLK	Walliser Landwirtschaftskammer
Worb	Gemeinde Worb, Gemeinderat
WWF	WWF Schweiz
ZBB	Zentralschweizer Bauernbund
ZBV	Zürcher Bauernverband
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich
Zürich	Stadt Zürich, Hochbaudepartement